

## Aktiv gegen rechts

Aus Protest rechts wählen  
ist wie ein Schuss  
ins eigene Knie.



- 6** Rechtstrend in Europa
- 8** Der rote Esel  
und die grauen Wölfe
- 10** Die Bashing-Gesellschaft
- 12** Jetzt müsste bald der  
Kragen platzen
- 14** Lernen aus der Krise
- 16** Datenskandal:  
Die kranken Eisenbahner

## Die Gewerkschaften sind gefordert

Von 2000 bis 2006 regierte die FPÖ in der schwarzblauen Koalition mit. Die Bilanz war vernichtend: Sozialabbau, Privatisierung und Versorgung von Günstlingen. Heute scheint das vergessen. Die Strache-FP ist wieder im Aufwind und profitiert von wachsender sozialer Verunsicherung durch die neoliberale Politik der rotschwarzen Regierung. Alternativen von links sind auch in den Gewerkschaften notwendig.

## Zitate die alles sagen...

*Jede blonde, blauäugige Frau, das heißt, jede Frau mit deutscher Muttersprache braucht drei Kinder, weil sonst holen uns die Türkinnen ein.*

Lutz Weinzinger, öo FPÖ-Chef, OÖN, 19.9.2008

*Ein Großteil der kriminellen Energie wird von Fremden ausgeübt. Ich will nicht ... Familienbeihilfe für Jugendliche zahlen, die nichts tun, außer einbrechen gehen.*

Innenministerin Maria Fekter (ÖVP), Sonntags-Rundschau, 1.11.2009

*SPÖ und FPÖ verhalten sich zueinander wie kommunizierende Gefäße.*

Caspar Einem, ehemaliger Innenminister und Europa-Sprecher der SPÖ

*Der Rechtsstaat ist das eine, das gesunde Volksempfinden das andere.*

Gerhard Dörfler, Landeshauptmann, damals Verkehrslandesrat in Kärnten (BZÖ), Der Standard, 3. Jänner 2007

### Impressum:

**Herausgeberin:** Karin Antlanger

**Verleger:** Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

**Redaktion:** Leo Furtlehner, Franz Grün, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Hubert Schmiedbauer, Lilian Stadler

**MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Karin Antlanger, Leo Furtlehner, Christian Gaishofer, Michael Genner, Franz Grün, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Rosalia Krenn, David Lechner, Siegfried Pötscher, Thomas Rammerstorfer, Hubert Schmiedbauer, Josef Stingl, Renate Vodnek, Werner Beier, Anita Kainz

**Fotos:** GLB-Archiv, Janina Wegscheider/Martin Lasinger, EXIT-sozial

**Cartoon:** Karl Berger

**Lektorat:** Anita Kainz, Lilian Stadler, Susanna Lindner

**Grafik, Satz und Layout:** Franz Grün

**Druck:** Wilhelm Bzoch GmbH, Druck und Verlag, Kupferschmiedgasse 7, 2201 Hagenbrunn

**Redaktionsadresse:** Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugog. 8

**Mail:** arbeit.glb@gmx.at, office@glb.at, Web: www.glb.at

**ZVR-Nummer:** 783265801

**Bestellungen:** Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

**Einzelpreis:** 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

**Bankverbindung:** BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 27. Oktober 2009

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 8. Februar 2010 mit Schwerpunkt: **Chancengleichheit**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

## Kontakt

### GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien, +43 664 61 45 012, office@glb.at, www.glb.at

### GLB-ÖGB

Laurenzerberg 2, 1010 Wien, +43 1 53 444 308 oder 309, oliver.jonischkeit@oegb.at

### GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien, +43 1 40 76 936, glb-gemeinde@inode.at, www.glb-gemeinde.at

### GLB-GMTN

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

### GLB-GPA-DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 61 45 012

### GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 465 33 83, roho64@aon.at

### GLB-vida

Margaretenstraße 166, 1050 Wien, +43 1 54 641 296, franz.gruen@vida.at, www.glbvida.at

### GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach, +43 4242 31 091, glb@kpoe-villach.at

### GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten, +43 2742 710 74 0, lipress@aon.at

### GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz, +43 732 65 21 56, glb@gmx.org

### GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg, +43 662 87 22 44, glb.salzburg@aon.at

### GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz, +43 316 71 24 36, glb.stmk@kpoe, http://steiermark.glb.at/-graz.at,

### GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck, +43 6606882875, glb@imzoom.info, www.imzoom-info

### GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße 33, 6900 Bregenz, +43 676 497 63 38, glb.vorarlberg@vol.at

### GLB-Wien

siehe GLB-ÖGB, +43 664 61 45 012

**Inhalt****Seite**

<b>Falsche Weichenstellung</b>	<b>4/5</b>
<b>Rechtstrend in Europa</b>	<b>6</b>
<b>Trojanisches Pferd im ÖGB</b>	<b>7</b>
<b>Der rote Esel und die grauen Wölfe</b>	<b>8</b>
<b>Asylrecht als Zufallsprinzip</b>	<b>9</b>
<b>Die Bashing-Gesellschaft</b>	<b>10</b>
<b>Rechtsstaat Österreich</b>	<b>11</b>
<b>Jetzt müsste bald der Kragen platzen</b>	<b>12</b>
<b>Stronachs Traum geplatzt</b>	<b>13</b>
<b>Lernen aus der Krise</b>	<b>14</b>
<b>Hey Boss ich brauch mehr Geld</b>	<b>15</b>
<b>Datenskandal: Die kranken Eisenbahner AUA – Das Finale</b>	<b>16</b>
<b>Managerkultur – Die Bahn im Wahn</b>	<b>17</b>
<b>Nanotechnologie: Ein heißes Eisen</b>	<b>18</b>
<b>125 Jahre Arbeitsinspektion</b>	<b>19</b>
<b>Der Schwindel mit dem Wort „Leistung“</b>	<b>20</b>
<b>AR-Tipp: Krankenstand</b>	<b>21</b>
<b>AK Wien: 152. Vollversammlung Apropos Transferkonto</b>	<b>22</b>

**Editorial**

*Von Karin Antlanger  
Juristin und  
Sozialpädagogin  
Betriebsrats-  
Vorsitzende  
EXIT-sozial Linz  
Bundvorsitzende des GLB*



## **Falsches Selbstbewusstsein, falsches Schuldbewusstsein**

BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen erleben es immer wieder hautnah, dass sie von Vorgesetzten, Personalchefs, GeschäftsführerInnen und anderen Menschen mit Chefallüren als Schuldige für die Auswirkungen von Managementfehlern denunziert werden. Meist in der Form, dass sie als „Totengräber des Betriebes“ beschimpft werden, wenn sie auf Missstände aufmerksam machen, Veränderungen in betrieblichen Abläufen oder im Umgang mit dem Personal einfordern.

Die Rechten geben den Ton vor: BZÖ-Chef Bucher behauptet, der ÖGB hätte AUA und ÖBB ruiniert und erklärt: „Unser Gegner sind die Gewerkschaften“ Die hetzerische Behauptung, die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretungen würden Betriebe zugrunde richten, soll seit jeher von Misswirtschaft, Unfähigkeit, Selbstbedienung durch weit überzogene Managergehälter, Parteibuchwirtschaft und unfähigem Management ablenken.

Gleichzeitig wird bei den KV-Runden, Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst und der Debatte über die Erhöhung der Pensionen von „Maßhalten“ bis hin zu „Nulllohnstunden“ den Beschäftigten und PensionistInnen suggeriert, sie würden Wirtschaft und Staat zugrunde richten.

Kein Funken von Unrechtsbewusstsein bei Wirtschaftsbossen, BankmanagerInnen und PolitikerInnen, die Milliarden Steuergelder an Wirtschaftsförderungen für marode und verzockte Betriebe und Banken einfordern und gewähren. Kein schlechtes Gewissen von Konzernmanagern, die Millionen Euro erhalten, wenn sie Betriebe an die Wand fahren und zigtausende Menschen ihrer meist kleinen Einkommen berauben.

Sparen und Maß halten sollen aber diejenigen, deren Einkommen oft nicht mal ausreicht, um weiterhin steigende Fixkosten wie Miete, Betriebs- und Heizkosten abzudecken oder von einer Pension unter der Armutsgrenze leben müssen. Ihnen wird weiterhin vorgaukelt, dass die Inflation ja nun quasi bei Null liege, auch wenn sie gerade eine Vorschreibung zur Nachzahlung von Heizkosten bekommen haben. Aber sie halten schön still, weil sie sich ja schuldig daran fühlen, dass der öffentlichen Hand das Geld ausgeht.

# Falsche Weichenstellung

Von Lutz Holzinger

**Auf politischer Ebene ereignet sich ein dramatischer Umbruch. Er ist vom Zerfall der Sozialdemokratie und dem Erstarken rechtskonservativer bis rechtsextremer Parteien geprägt. Dabei stellt sich die Frage, ob die Gewerkschaftsbewegung Opfer oder Täter dieser Entwicklung ist.**



Die Krisensuppe, die nun erst recht die Lohn- und Gehaltsabhängigen auslöffeln müssen, wurde systematisch in den 80er und 90er Jahren von jenen Polit- und Kapitalfraktionen eingebrockt, die einer hemmungslosen Liberalisierung aller Wirtschaftsbereiche und insbesondere der Finanzmärkte das Wort geredet haben.

Aufgrund der massiven Investitionen in die neoliberale Gehirnwäsche der Multiplikatoren aller Ebenen – vor allem auch der Gesellschaftswissenschaften –, war es schwierig, beim allgegenwärtigen Gesudel und Gedudel für Liberalisierung, Flexibilisierung und Modernisierung sowie Privatisierung statt Verstaatlichung kühlen Kopf zu bewahren. Genau das ist jedoch eine Anforderung, der die Führungsgremien von Gewerkschaften gerecht werden sollten. Denn sie sind nicht gewählt, um die Interessen der Mitglieder zu verschaukeln, sondern sie mit allen demokratischen Mitteln (Streik eingeschlossen) durchzusetzen.

## Lohnquote im Sinkflug

Sieht man sich die Lage der Arbeitsklasse heute an, kann man nur sagen, dass sie – wenn man die Lohnquote als Maßstab nimmt – insofern beschissen ist, dass sie seit 20 Jahren europaweit zurückgeht. In Österreich ist der Anteil der Werkstätigen am Volkseinkommen in dieser Zeit von knapp über 70 Prozent auf unter 60 Prozent gesunken. Entscheidend für diesen Rückschlag war die Bereitschaft der Gewerkschaftsspitzen die Flexibilisierung von Arbeitszeit und

Beschäftigungsverhältnissen in Kauf zu nehmen, statt die Arbeitszeitverkürzung weiter zu treiben.

Auf den Ende der 80er Jahre noch geglückten Einstieg in die 35-Stundenwoche ist keine Offensive zur Durchsetzung dieses Ziels gefolgt. Vielmehr ließen die Gewerkschaftsspitzen sich auf einen Kleinkrieg mit den Unternehmern in Fragen der Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung, dem Aufbau von Arbeitszeitkonten und der Bildung bzw. Ausdehnung von Durchrechnungszeiträumen ein. Sie billigten geringfügige Beschäftigung und das Unterlaufen von regulären Beschäftigungsverhältnissen durch Werkverträge usw.

## Die Armutsfalle droht

Ergebnis ist die zunehmende Verarmung von großen Teilen der Arbeitsklasse. Mehr als die Hälfte der – häufig quasi als Heldentat gerühmten – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze garantieren keine Vollerwerbstätigkeit. Vielmehr handelt es sich um Anstellungen, die unter den Begriff Working Poor fallen: Immer mehr ArbeiterInnen und Angestellte können mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen.

Schuld daran sind unzureichend honorierte Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Heimarbeit, freie Werkverträge, Leiharbeit einerseits und seit der Privatisierung von Wohnbaugesellschaften und Energieversorgern überhöhte Mieten und Tarife andererseits. Eine Folge dieser Verhältnisse besteht darin, dass die

Arbeitsklasse historisch noch nie so heterogen zusammengesetzt und in ihrer Interessenlage so gespalten war, wie das gegenwärtig der Fall ist. In einem Aufwaschen damit wurden betriebliche Sozialnischen ausgeräuchert. Keine Chance mehr für VerliererInnen. Durch die Ausgliederung von Tätigkeiten, die mit der Kernkompetenz eines Unternehmens nichts zu tun haben wie Tor- und Sicherheitswache, Reinigungs- und Kantinenwesen, Sauberkeit, gingen Reservate verloren, in denen in der Vergangenheit jene KollegInnen beruflich überleben konnten, die der tägliche Stress, eine angegriffene Gesundheit oder Alkoholabhängigkeit aus der Bahn geworfen hatte. Diese Form des sozialen Zusammenhalts und der Verantwortung des Kollektivs für „traurige Einzelschicksale“ ist längst verloren gegangen.

Nach dem Muster der Akteure auf dem politischen Parkett schauen auch die Lohnabhängigen heute in erster Linie auf ihren eigenen Vorteil. Figuren wie Karl-Heinz Grasser machen vor, dass jeder ein Idiot ist, der in öffentlichen Angelegenheiten nicht in erster Linie den eigenen Vorteil und den seiner Freunde im Auge hat.

## Das Spiel mit der Entsolidarisierung

Das ist ein Gebiet, auf dem Spitzen der Sozialdemokratie in Österreich (Stichwort: Hannes Androsch) ebenfalls bahnbrechend agiert haben mit dem Effekt, dass die Solidarität in der Gesellschaft insbesondere auf betrieb-

licher Ebene beim Teufel ist. In diesem Klima haben Rechtspartien vom Schlage der FPÖ besonders leichtes Spiel. Ohne mit der Wimper zu zucken und tatsächlich eine soziale Alternative bieten zu können, hängen sie die MigrantInnenproblematik, unterfasst mit antisemitischen Rülpsern, an die große Glocke.

**Damit treffen sie zwei Fliegen mit einer Klappe:**

\* Bei heimischen „Modernisierungsverlierern“ und traditionellen Gemeindebaubewohnern, die sich von der unvermeidlichen Präsenz von „Ausländern“ – zu Recht und zu Unrecht – gestört fühlen, rennen sie offene Türen ein.

\* Bei naturalisierten NeoösterreicherInnen stoßen sie ebenfalls auf volle Zustimmung, weil die als ernsteste Konkurrenz nichts mehr fürchten als den Nachzug von Personen ihrer eigenen Herkunft.

**Leicht verfügbare WählerInnenmassen**

Das Reservoir, aus dem die Rechtsextremen in Europa in erster Linie schöpfen, wird - soziologisch betrachtet – von jenen Schichten des Proletariats gebildet, denen der Neoliberalismus den G´stieß gegeben hat. Diese für Demagogen heute leicht verfügbaren Wählermassen haben von Parteien wie den Freiheitlichen zwar nichts zu erwarten; die St. Raches garantieren durch das systematische Verarschen der Herrschenden jedoch immerhin einen gewissen Unterhaltungswert.

Was man von den derzeitigen Knallchargen in Regierungsfunktionen nicht behaupten kann. Auf Unterhaltung zu setzen und sie zu schätzen, wurde das Fernsehen als oberste Sozialisierungsinstanz zum Mainstream geformt.

Langsam geht es in ganz Europa zu wie im Wienerleid: Wenn sich schon nix ändern lässt, „verkauf ma unser

G´wand und fahrn in Himmel“. Und statt der Lohn-interessieren die Einschaltquoten im TV.

**Von der Sozialdemokratie eingeleitet**

Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung zwar wesentlich eingeleitet – vor allem durch die Konzeption arbeiterfeindlicher Gesetze und die Zustimmung zur Privatisierung von Staatsbetrieben. Dieser Prozess war nicht auf Österreich beschränkt, sondern ging zunächst vor allem von Großbritannien aus, wo der Sozialdemokrat Tony Blair sich als Erbe und nicht als Alternative der Konservativen Margret Thatcher erwies.

Die Propagandisten des Neoliberalismus in der Sozialdemokratie sonnten sich im Ruhm, es sei ihrer Beweglichkeit und der Öffnung zur Mitte zu verdanken, dass die Parteien wieder mehrheitsfähig wurden. Geht man von den jüngsten Wahlgängen in Europa aus, sieht es von Griechenland abgesehen, so aus, dass die Sozialdemokratie diesen Kredit weitgehend verspielt hat.

Das volle Dilemma der SPÖ und ihrer Schwesterparteien wird in Reinkultur in Deutschland demonstriert: Dort schwanken die Sozialdemokraten wie ein Halm im Wind zwischen

einer Rechtsorientierung, um in der Mitte zu landen, und einer Linksorientierung, um der Partei Die Linke das Wasser abzugraben. In beiden Rollen sind Sozialdemokraten heute wenig glaubhaft. Was die liberale Karte betrifft, gehen die deutschen Wähler heute zum Schmied, der FDP, und nicht zum Schmiedl, der SPD. Und in puncto soziale Trümpfe steht die Partei splitternackt da, nachdem ihre Führung im Wahlkampf noch die Rente mit 67 propagiert hat.

Traditionell funktionieren in Österreich ÖGB und SPÖ weitgehend wie kommunizierende Gefäße. Das zeigt sich bis hinein in die Personalpolitik. Der Zustand beider Organisationen lässt sich an der Person des Kurzzeit-ÖGB-Präsidenten und jetzigen Sozialministers Rudolf Hundstorfer ablesen. Er wird von der Presse der politischen Gegner von ÖGB und SPÖ für seine Kompromissfähigkeit gelobt.

Die Werk­tätigen haben diese Nachrede damit zu bezahlen, dass die Netto-Lohn-Ersatzrate für Arbeitslose weiter lächerliche 55 Prozent ausmacht und den künftigen Beziehern der bedarfsorientierten Mindestsicherung der 13. und 14. Monatsbezug gestohlen wird. Prost, Mahlzeit!

**Lutz Holzinger ist Journalist und lebt in Wien**

**Leserinbrief**

Zu einigen Artikeln kann ich voll und ganz meine Zustimmung geben, und die Karikatur auf der letzten Seite ist sehr passend, ;-) !

Ad Arbeitszeit: Auch ich wünsche mir schon seit Jahren Vollzeit auf Basis 30h bei vollem Lohnausgleich. Den Menschen bleibt so mehr Zeit auf sich selbst zu schauen, und das ist in einer Zeit der permanenten Reizüberflutung und allseitigen Überforderung absolut notwendig.

Ad Kurzarbeit: Ich möchte nicht wissen (aber es wäre trotzdem interessant), wie viele KuA-Vereinbarungen unterschrieben werden, ohne dass die betroffenen Firmen sie wirklich benötigen, und immer mehr Geld wird vom AMS abgezogen, das die Arbeitslosen gut brauchen können.

Ad ÖGB: Der ÖGB ist in seiner Struktur in den 50er-/60er-Jahren stecken geblieben, das Fraktions- und Funktionärswesen ist von größerer Bedeutung als der Einsatz für die Sache von Seiten mancher Betriebsrätinnen und MitarbeiterInnen. Außerdem bin ich für die Direktwahl der/des ÖGB- und der GewerkschaftspräsidentInnen durch die Mitglieder.

Maria Kohen, per e-Mail

# Rechtstrend in Europa

Von Oliver Jonischkeit

**Nicht nur in Österreich, in ganz Europa – mit wenigen Ausnahmen – erfreuen sich rechtspopulistische Kräfte zunehmender Beliebtheit. Wesentliche Ursache dafür ist der europaweite Sozialabbau, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme, für die – im Gegensatz zu den Millionen für die Rettung der Banken – kein Geld zur Verfügung steht.**



In ganz Europa steigt die Arbeitslosigkeit, arbeiten immer mehr unter prekären Arbeitsverhältnissen und kämpfen um ihre Existenz. Den Präsidenten der EU-Kommission, Barroso, scheint das wenig zu stören: vor kurzem erschien der Nachhaltigkeitsbericht der EU-Kommission, der unter dem Motto „Krisenbekämpfung“ das Ende des Sozialstaates einläuten soll. So wird aufgrund der Alterung der Bevölkerung der Zusammenbruch der Sozialsysteme an die Wand gemalt, es soll deutliche Einschnitte in den öffentlichen Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherungen geben.

## Schützenhilfe für EU-Kommission

Ausgerechnet der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EU-Parlaments hat sich diesen Herbst dagegen ausgesprochen, selbstständige LKW-Fahrer in die Bestimmungen der Arbeitszeitrichtlinie mit einzubeziehen. Damit werden die Pläne der EU-Kommission unterstützt, dass diese bis zu 86 Stunden auf der Strasse unterwegs sein dürfen. Mit seinen jüngsten Urteilen hat auch der Europäische Gerichtshof bewiesen, dass er den Freiheiten des Marktes Vorrang vor dem sozialen Schutz der Beschäftigten gibt.

Die zunehmende Unsicherheit, wie es weitergeht, die zunehmende Armut, die Tatsache, dass immer mehr mit ihrem Einkommen kein Auskommen finden, wird von den Rechten geschickt ge-

nützt – vermischt mit migrant-Innenfeindlichen Sprüchen und entsprechender Politik. So konnte Strache kürzlich im ORF sagen, „in Österreich braucht es keine Linkspartei, die soziale Themen aufgreift – hier gibt es die soziale Heimatpartei FPÖ“. Gleichzeitig forderte Strache zwei Sozialversicherungssysteme – eines für Inländer, eines für Ausländer.

## Defensive Gewerkschaften

Zu defensiv reagieren die Gewerkschaften: So erstaunt die Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der trotz Vorbehalten zum letzten Gipfel der G-20 Staaten positiv anmerkt, dass diese „der Schaffung von Arbeitsplätzen oberste Priorität im Kampf gegen die Krise einräumen“. Die immer größer werdende Zahl der Arbeitslosen zeigt, wie ernst solche Aussagen gemeint sind. Und das Exekutivkomitee des Europäischen Gewerkschaftsbundes appellierte schon vor längerem an die „EU-Entscheider“, „die Orientierung zu ändern, wenn sie nicht einen tiefen Bruch mit den Bürgern hervorrufen wollen“.

Dieser Appell blieb offenbar ungehört. Auch in Österreich ist es höchst an der Zeit, dass die Gewerkschaften in die Offensive gehen. Mit der Forderung, die „bedarfsgerechte Mindest-

sicherung“ – die nicht bedarfsgerecht ist, sondern direkt in die Armut führt – 14 mal und nicht wie geplant 12 mal auszuzahlen oder jener, die Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes in einem ersten Schritt auf mickrige 60 Prozent zu erhöhen, wird die soziale Schieflage nicht wirksam bekämpft.

Zur sozialen Absicherung wäre der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, für die sofortige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn statt Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ein Gebot der Stunde.

Der Kampf gegen den EU-weiten Sozialabbau in den Ländern, aber auch über die Grenzen hinweg gemeinsam – auch auf der Strasse – ist höchst an der Zeit, wir haben bereits genug für die Krise bezahlt. Dies wäre auch das beste Mittel gegen den Rechtstrend in Europa.

**Oliver Jonischkeit ist GLB-Bundessekretär**



# Trojanisches Pferd im ÖGB

Von Leo Furtlehner

**Der Widerspruch könnte nicht größer sein: Beim Bundeskongress beschließt der ÖGB Resolutionen gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus. Gleichzeitig gibt es im ÖGB offiziell anerkannt die Fraktion Freiheitlicher Arbeitnehmer (FA). Und von der FSG-Mehrheit wird sogar, wie etwa bei der Konstituierung der 2009 neugewählten nÖ AK-Vollversammlung geschehen, der FA der Vorsitz im Kontrollausschuss überlassen.**

Auch in Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Betrieben reduziert sich freiheitliche Politik darauf, für alle Probleme die „Ausländer“ verantwortlich zu machen. Strache fordert getrennte Sozialsysteme für In- und Ausländer. Dabei zahlen MigrantInnen 1,5 Milliarden Euro mehr in den Sozialtopf ein als sie daraus erhalten, im Klartext wären durch Straches Vorschlag die von ihm so gehätschelten Inländer damit Verlierer.

## **Auf Unternehmerpfaden**

Der öö FA-Landesobmann und Voest-Betriebsrat Pühringer verteidigte im März 2009 die Forderung des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender nach einer „Notgesetzgebung“, durch die das Parlament sich selbst und die Sozialpartner für den Bereich der Arbeitswelt ausschalten soll. Dieser Bruch der Bundesverfassung würde es jedem Unternehmer ermöglichen, das Arbeitszeitgesetz und andere Arbeitnehmerrechte in seinem Betrieb außer Kraft zu setzen. Die unternehmerhörige Rolle der FA in der Tradition „gelber“ Gewerkschaften der 1. Republik und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) der Nazis könnte wohl nicht anschaulicher bestätigt werden.

Noch 1969 lehnte die SPÖ eine FP-Fraktion und deren Vertretung im ÖGB-Bundesvorstand ab. Anfang der 70er Jahre erfolgte als Preis für die Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung eine Kehrtwendung. Die Linksgewerkschafter in der damaligen GE

lehnten dies mit dem Widerspruch zum ÖGB-Statut ab. Damals wie heute ist die FA an der Haltung ihrer Mutterpartei FPÖ zu messen, deren Einstellung als „deutschnational, antisozialistisch, reaktionär bei sozialen Problemen“ charakterisiert wurde. Und wie ein roter Faden zieht sich durch die Jahrzehnte die Stoßrichtung gegen Gewerkschaften, Arbeiterkammern, Kollektivverträge, selbstverwaltete Sozialversicherungen wie überhaupt alle Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung.

Im Zuge des Aufstieges der FPÖ nach 1986 und dem Eindringen in traditionelle SPÖ-WählerInnenschichten gab es großspurig angekündigte Bestrebungen zur Gründung eigener Gewerkschaften. So wurde am 1. Mai 1998 die Gründung einer „Freiheitlichen Gewerkschaft Österreichs“ verkündet, die sich freilich rasch im Sande verlief. Letztlich beschränkte sich die FPÖ darauf, als trojanisches Pferd im ÖGB und den Arbeiterkammern zu agieren. Dabei biedert sich die selbsternannte „Arbeiterpartei“ teilweise recht demonstrativ bei verunsicherten Lohnabhängigen an.

## **Stoßrichtung Gewerkschaften**

Hingegen tritt die FPÖ-Abspaltung BZÖ offen für die Auflösung der Arbeiterkammern als gesetzlicher Interessenvertretung der Lohnabhängigen ein. BZÖ-Chef Bucher erklärte dezidiert „Unser Gegner sind die Gewerkschaften!“ und behauptete, der ÖGB habe AUA und ÖBB ruiniert und



die Wirtschaft „zersetzt“. Die Erfahrungen der Politik von FPÖ (und BZÖ) für die Lohnabhängigen während der schwarzblau/orangen Koalition von 2000 bis 2006 – Sozialabbau, Privatisierung und eine hemmungslose Günstlingswirtschaft – wurden freilich von den Betroffenen sehr rasch verdrängt.

Die Politik der FPÖ ist ein Mix aus Populismus, Fremdenfeindlichkeit, sozialer Demagogie und Ruf nach autoritären Maßnahmen. Dazu kommt die personelle Verfilzung mit dem offenen Rechtsextremismus. Auch für ÖGB und AK gilt, dass die FPÖ der politische Ausdruck der nichtbewältigten Vergangenheit Österreichs ist. Ihr Populismus als Opposition wird freilich erst möglich durch die Politik der Regierung, wobei Fremdenfeindlichkeit als Ventil dient. Die Schlüsselfrage ist allerdings das Buhlen der beiden Großparteien um die FPÖ.

Natürlich ist es vom objektiven Interesse der Lohnabhängigen her gesehen dumm, wenn sie Burschenschafter zu ihren „Vertretern“ wählen. Aus Protest rechts wählen ist nämlich wie der berühmte Schuss ins eigene Knie, freilich auf Grund des allgemeinen politischen Niveaus und der Rolle von Großparteien und Medien nicht verwunderlich.

**Leo Furtlehner ist Journalist in Linz und verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“**

# Der rote Esel und die Grauen Wölfe

Von *Thomas Rammerstorfer*

**Leider kein Märchen aus Linz: Im Juni dieses Jahres wurde wieder mal ordentlich gefeiert in Europas Kulturhauptstadt: Die „Avusturya Turk Federation“ (ATF), die österreichische Tarnorganisation der faschistischen türkischen „Milliyet Hareket Partisi“, hatte einen Abend mit völkisch-nationalistischen Barden geladen. Ort: Das Neue Rathaus.**



Heftige Proteste antifaschistischer Gruppierungen blieben ohne Erfolg, insbesondere der SP-Stadtrat Klaus Luger verteidigte die Veranstaltung, und meinte, dass gegen die organisierenden Vereine „strafrechtlich nichts vorliegt“. Eine Allerweltsausrede, denn hinter der ATF stehen die „Graue Wölfe“, deren militante Banden in der Türkei für mehrere tausend (!) Morde an fortschrittlichen GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen verantwortlich gemacht werden.

Abgesehen davon, werden sie laut Berichten des Innenministeriums auch in Österreich für zahlreiche Anschläge und Übergriffe verantwortlich gemacht; zu dem sind sie eine Tätergruppe im Heroingroßhandel<sup>1</sup>. Eine wirklich feine Gesellschaft also.

Wie ist es möglich, dass türkische Faschisten im Linzer Rathaus feiern dürfen? Die Antwort ist so einfach: Sie haben gute Freunde, die sogar dort arbeiten. Da wäre allen voran eben Klaus Luger, seit kurzem Vizebürgermeister von Linz. Seine besondere Zuneigung gilt jenen türkisch-stämmigen MitbürgerInnen, die sich islamistisch oder rechts bis faschistisch engagieren.

## **Angriff auf kurdische Demo**

Am 1. Mai 2007 begrüßte er die mit der SPÖ mitmarschierenden Kameraden von ATIB, Milli Görus und „Ülkü Ocagi“ („Idealistenvereine“= Graue Wölfe) - am Hauptplatz sogar

in türkischer Sprache<sup>2</sup>. Im Anschluß an die sozialdemokratisch-faschistische Verbrüderung griffen die „Grauen Wölfe“ die 1. Mai-Demo der KurdInnen an, wobei auch ein 14-jähriges Mädchen durch Steinwürfe schwer verletzt wurde.

Zwei Jahre später mussten sich die Rechtsextremen nicht mehr selber bemühen: Da übernahm gleich die (sozialdemokratisch geführte) Linzer Polizei den Angriff und die Zerschlagung des gemeinsamen linken Maiaufmarsches von KurdInnen, KPÖ und anderen Organisationen. Seither glauben sich die Linzer „Grauen Wölfe“ endgültig im Besitz eines Freibriefs zu Überfällen und Anschlägen auf linke und/oder kurdische Jugendliche. Bei einer Reihe von Angriffen kam es zu zahlreichen Verletzten. Kurdische Organisationen beklagen, dass die Opfer der faschistischen Gewalt von der Polizei nicht ernst genommen werden. Nach den Schlägereien wurden drei Personen verhaftet – alle drei Kurden. Auch in Wien kommt es seit letztem Sommer vermehrt zu Übergriffen durch „Graue Wölfe“<sup>3</sup>.

## **SPÖ ganz offiziell vertreten**

Aufschlussreich zu diesem Thema war auch die türkisch-sprachige Werbepostille der SP namens „Ekspres“<sup>4</sup>. Hier gibt es nette Berichte über Veranstaltungen von türkischen MigrantInnenorganisationen – wiederum allerdings nur solcher, die rechts der Mitte angesiedelt sind. Neben dem Faschi-

sten-Konzert im Linzer Rathaus, dem SP-Gemeinderat Selcuk Hergüvenc persönlich beiwohnte, nahmen auch in Salzburg mehrere SP-Granden an einer Veranstaltung der ATF teil. Eindeutige Hauptperson des Blattes ist aber Klaus Luger, der schon allein auf der Titelseite dreimal abgebildet ist.

Leider mehren sich die Anzeichen, dass zumindest ein Teil der SP im Bezug auf ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund eine ähnliche Politik verfolgt wie bei der „Mehrheitsbevölkerung“: Anstatt den da wie dort vorhandenen, oftmals einander hochschaukelnden reaktionären, nationalistischen und rassistischen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten, werden diese toleriert, totgeschwiegen und es wird sogar mit rechtsextremen Organisationen zusammen gearbeitet. Hier ist dringend ein Kurswechsel geboten, nicht zuletzt auch im Eigeninteresse der Sozialdemokratie, wenn sie nicht ihren letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielen will.

## **Thomas Rammerstorfer ist Sozialarbeiter in Wels und Aktivist des Infoladen Wels**

<sup>1</sup> siehe u. a. BMI/Suchmittelberichte 2006 und 2007; Verfassungsschutzbericht 2009

<sup>2</sup> <http://canfm.info/?p=1390>

<sup>3</sup> Der Standard, 13. 10. 2009

<sup>4</sup> Ekspres, Haziran (Juni) 2009



# Asylrecht als Zufallsprinzip

Von Michael Genner

**Ein beschönigender Begriff geistert durch die Medien: „Verschärfung“ des Asyl-„Rechts“. In Wahrheit gibt es nichts mehr zu verschärfen, denn das Recht auf Asyl ist längst abgeschafft. Übrig blieb das Zufallsprinzip.**

Nur wer das Glück hat, einen mildestimmten Beamten oder Asylrichter zu finden, erhält Zugang zum inhaltlichen Verfahren. Die Mehrheit scheitert schon im „Zulassungsverfahren“ an der „Dublin-Verordnung“ und wird gnadenlos deportiert. Man verschickt sie nach Polen, in die Slowakei, nach Griechenland – ungeachtet der dort katastrophalen Zustände. Weit weg sollen sie sein, nur nicht hier „bei uns“! „Dublin“ bedeutet eine massive Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention, die nur mehr für wenige Auserwählte gelten soll.

Aber auch wer die „Dublin“-Hürde schafft ist beamteter und richterlicher Willkür ausgeliefert, besonders seit man sich nicht mehr beim Verwaltungsgerichtshof beschweren kann, der in der Vergangenheit viele skandalöse Entscheidungen behoben hatte. Die Beseitigung dieser Beschwerdeinstanz wurde ganz offen damit begründet, die Asylverfahren zu beschleunigen. Ohne Verwaltungsgerichtshof schiebt man viel schneller ab. Jede Beschleunigung führt zu mehr Rechtsunsicherheit. Daher wird in der Fekter-Novelle die Beschwerdefrist von zwei auf eine Woche verkürzt.

Schubhaft wird ab 2010 schon am Beginn des Verfahrens über völlig unbescholtene Menschen verhängt – wenn sie „notwendig“ ist. Und „notwendig“ ist sie immer, dient sie doch dazu, die Menschen zu isolieren, ihnen den Zugang zum Rechtsschutz zu verwehren, sie psychisch fertig zu machen und so schnell wie möglich abzuschieben.

Schubhaft ist Haft ohne Delikt, ohne Gerichtsurteil. Schwerst traumatisierte Flüchtlinge, dem Gefängnis, der Fol-

ter, dem Tod entronnen, werden erneut verfolgt und hinter Gitter gebracht. Sie empfinden Schubhaft als psychische Folter, die nur der Abschreckung dient.

Förderungen für unabhängige NGOs wurden auf Null reduziert; dafür wird ein polizeinaher Verein mit einem Quasi-Monopol auf staatliche Gelder belohnt. Seine Dienstleistung besteht meist darin, den Flüchtlingen zu erklären, sie hätten ohnedies keine Chance. Trotzdem gelingt es NGOs wie Asyl in Not immer wieder, einzelne Verfahren zum Erfolg zu führen. Aber dabei kommt es darauf an, ob die Flüchtlinge überhaupt Kontakt zu uns finden. Diesen Kontakt zu unterbinden, ist Hauptziel der Fekterpolizei.

Was die Ministerin an Verschärfungen produziert hat eine lange Tradition. Die erste massive Einschränkung des Asylrechts verfügten SPÖ-Innenminister Löschnak und sein furchtbarer Sektionschef Matzka Anfang der 90er Jahre. Flüchtlinge waren damals während des Verfahrens in der Regel nicht zum Aufenthalt berechtigt und ständig von Abschiebung bedroht. Jedes Land, das sie auf dem Weg nach Österreich passiert hatten, galt als „sicherer Drittstaat“.

Hand in Hand damit ging das „Gastarbeiter räumen“. Wer zu wenig Quadratmeter Wohnfläche hatte, wurde abgeschoben, wer nicht rechtzeitig die Verlängerung seines Visums beantragt hatte, ebenso. Tausende fleißige, tüchtige Arbeiter wurden um ihre Existenz gebracht.

Generell dürfen seither Anträge auf Aufenthaltsbewilligung nur mehr vom Ausland aus gestellt werden; vorher

war es jahrzehntelang üblich, dass man sich in Österreich umsah und, wenn man Arbeit gefunden hatte und es einem hier gefiel, ein Visum beantragte. Dies wurde aus reiner Willkür abgeschafft. Zugleich wurde über AsylwerberInnen ein Arbeitsverbot verhängt.

Die SP-Mehrheit im ÖGB unterstützte die Löschnak-Matzka-Gesetze uneingeschränkt. Hand in Hand mit einer rassistisch durchsetzten Beamtenschaft und einer wachsenden rechtsradikalen Strömung arbeitete sie an der systematischen Benachteiligung und Unterdrückung der „Fremden“.

Diese rassistische Politik wurde ideologisch begründet mit dem „Schutz“ der Interessen der inländischen Arbeiterschaft. Aus den gleichen Motiven unterstützte die SPÖ das Fremdenrechtspaket der Ministerin Prokop (2005) und jede der darauf folgenden Novellen. Auch die Fekter-Novelle 2009 wurde „mit breiter Mehrheit“ beschlossen; einzig die SP-Abgeordnete Sonja Ablinger verließ aus Protest den Saal.

Immerhin unterstützten die SP-Jugendorganisationen ebenso wie die GPAdj-Jugend die Demonstration am 20. Oktober, zu der Asyl in Not aufgerufen hatte. Die GPAdj-Jugend unterstützt auch die Forderung von Asyl in Not nach dem Recht der AsylwerberInnen auf Arbeit.

Leider kann uns das nicht darüber täuschen, dass die Arbeiterklasse gespalten ist: in „eigene“ Leute und „Fremde“. Dieser Spaltung entgegenzuwirken, ist die vornehmste Aufgabe der demokratischen, antirassistischen Kräfte in der Gewerkschaft und in der Zivilgesellschaft überhaupt.

*Michael Genner ist Obmann des Vereins Asyl in Not*

# Die Bashing-Gesellschaft

Von Leo Furtlehner

**Mit seinem „Projekt Österreich“ präsentierte ÖVP-Chef Pröll auch den Vorschlag eines „Transferkontos“. Die 2,7 Millionen ÖsterreicherInnen die (wegen mickriger Löhne oder Pensionen) keine Einkommen- oder Lohnsteuer zahlen sind für Pröll „Nicht-Steuerzahler“, die von den „Leistungswilligen“ via Sozialleistungen erhalten werden.**

Streng neoliberal titelte „profil“ sofort „So ungerecht ist Österreich“ weil „Statt Leistungswilliger werden Hausfrauen, Erben und Untätige belohnt“. Sogar der extrem neoliberale Journalist Christian Rainer kam bei Prölls Geistesblitz zum Schluss „Ohne Vermögenskonto führt das Transferkonto also nicht zur Gerechtigkeit“, stellte aber zur Frage, ob der ÖVP-Vorstoß zur Streichung von Sozialleistungen führen soll, freudig fest „Ja hoffentlich!“ Als Konterpart stellte Elfriede Hammerl die berechtigte Frage ob die „NiedriglohnpfängerInnen nicht ebenfalls geschuftet“ haben und stellte als Gegenrechnung auf, dass hierzulande Männer bezahlte Überstunden, Frauen hingegen unbezahlte Familienarbeit leisten.

Auch bei der Debatte um die Mindestsicherung (733 Euro zwölfmal im Jahr bei einer offiziellen Armutsgrenze von 912 Euro) zeigt sich das gleiche Spiel: Sogar ÖGB-Chef Foglar und Sozialminister Hundstorfer haben sich die dubiose Formel „Sprungbrett statt Hängematte“ zu Eigen gemacht. Von den Hängematten der weitgehend von Steuerleistung befreiten MultimillionärInnen oder AktienbesitzerInnen, die von der durch die Arbeit anderer erwirtschafteten Dividende leben spricht freilich niemand.

Die Meinungsmacher meinen freilich suggestiv, dass sich durch die (vom öö Caritas-Direktor Mühlberger ohnehin nur als „Gnadenbrot“ gesehene) Mindestsicherung für die BezieherInnen niedriger Löhne die Arbeit nicht

mehr lohnt. Von einem gesetzlichen Mindestlohn damit man von einer Vollzeitarbeit auch einigermaßen gut leben kann, wollen sie freilich nichts hören.

Transferkonto und Mindestsicherung sind nur zwei Beispiele, wie unter neoliberalen Vorzeichen die Gesellschaft systematisch auseinanderdividiert, wie Solidarität gezielt zerstört wird. Im Sommer warnte „profil“ mit dem reißerischen Aufmacher „Die graue Gefahr“ und stellte „Österreich als Paradies für Frührentner & Langzeitrentner“ dar, wo „maßlose Forderungen, sinkendes Eintrittsalter, steigende Lebenserwartung“ der sogenannten „Kukident-Generation“ das System gefährden. Neoliberal eingefärbte Ju-



gendorganisationen von ÖVP, BZÖ oder LIF griffen das Thema begierig unter auf und behaupteten so würde der Jugend die „Zukunft geraubt“.

Der Kapitalismus ist eine Bashing-Gesellschaft: Hemmungsloser Wettbewerb und das Motto „Jeder ist sich selbst der nächste“ machen Hauen in. Als 1986 die Intertrading-Spekulationen platzten und die Verstaatlichten-Krise offenbar wurde, wurden bislang hochgeachtete Voestler monatelang als „Schmarotzer der Nation“ verteufelt. Abwechselnd und wiederholt kamen dann andere Berufsgruppen dran: Die EisenbahnerInnen, erst jüngst wieder wegen zu hoher Krankenstände. Die „faulen“ LehrerInnen, PostlerInnen und Beamten. Und die AusländerInnen sind sowieso laufend Schuld an allem. Hauen gilt auch für die Studis: „Der Standard“ bezeichnete die Abschaffung der Studiengebühren als „leichtfertigen Luxus“ und beklatschte Minister Hahn wegen dessen Forderung nach Wiedereinführung. Die anfangs freundliche Stimmung der Medien zum massiven Uniprotest wechselte zunehmend dem ausspielen gegen eine „schweigende Mehrheit“ Studierender die studieren will oder einer Aufrechnung gegen die Forderungen für eine Pensionserhöhung.

Solches Bashing, das Hinhalten auf bestimmte Gruppen, gezielte Entsolidarisierung sind zwangsläufiger Ausfluss einer Politik des „Teile und herrsche“ der Eliten. Dahinter steht die Absicht wegen angeblicher Unfinanzierbarkeit und diverser Sachzwänge eine Umverteilung unbedingt zum Tabu zu erklären. Nach dem Radfahrer-Motto „Nach oben buckeln, nach unten treten“ fällt es gerade in einem Land mit ausgeprägtem Obrigkeitsdenken leicht, Sündenböcke zu präsentieren. Diese Mentalität

zu überwinden und Solidarität als zentralen Wert der Gesellschaft wieder herzustellen ist daher eine vorrangige Aufgabe für fortschrittliche Politik.

# Rechtsstaat Österreich?

Von Renate Vodnek

**2010 wird voraussichtlich der erste Prozess gegen einige TierrechtsaktivistInnen über die Bühne gehen. Diese wurden 2008 nach Actionfilm-gerechten Hausdurchsuchungen mit fadenscheinigen Begründungen für über 3 Monate in Untersuchungshaft festgehalten.**

Vorangegangen ist der Polizeiaktion eine über zweijährige Bespitzelung mit vier großen Lauschangriffen, Peilsenderanbringungen an PKWs, verdeckten Ermittlungen etc. Begründung ist der Vorwurf der Bildung einer kriminellen Organisation gemäß dem „Mafia Paragraphen“ §278a StGB. Polizei und Staatsanwaltschaft können jedoch keinen einzigen konkreten Tatvorwurf vorbringen. Vollkommen willkürlich wird eine kriminelle Organisation konstruiert, die für sämtliche unaufgeklärte Straftaten der letzten Jahre verantwortlich gemacht wird.

## **Terrorismusbekämpfung**

Laut Printmedien sind durch Aktionen von TierrechtlerInnen Schäden im Ausmaß von rund zwei Millionen Euro entstanden. Könnte es sein, dass es dabei v.a. auch um Schäden infolge negativer Publicity durch diese Aktionen und damit die Behinderung des freien Warenverkehrs geht? Und sich dadurch gleichzeitig eine gute Möglichkeit ergibt, (aktive und potentielle) KritikerInnen der herrschenden Verhältnisse einzuschüchtern und zu kriminalisieren, sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter auszuhöhlen?

In die gleiche Richtung weisen die Versuche, die Handlungsmöglichkeiten politischer AktivistInnen einzuschränken: sei es durch die Privatisierung des öffentlichen (Plakatflächen)raums, wodurch in Wien plakatieren abseits der offiziellen kostenpflichtigen Flächen

mit Anzeigen und Geldstrafen geahndet wird – verantwortlich ist dabei die im Impressum aufscheinende Organisation, wodurch bei jedem aufgeklebten Plakat die „Schuldigen“ sofort zur Verantwortung gezogen werden können. Oder durch die aktuellen EuGH-Urteile, wonach gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen die vier Grundfreiheiten (Warenverkehr, Dienstleistungs-, Personenverkehr, Kapital- und Zahlungsverkehr) nicht behindern dürfen und Kampfmaßnahmen in so einem Fall nicht zulässig seien.

Die §§ 278 (Kriminelle Vereinigung), 278a (Kriminelle Organisation) sowie 278b (Terroristische Vereinigung) sind in dem Zusammenhang das Tüpfelchen auf dem I, um politischen Aktivismus und Kritik an den Herrschenden zu verhindern und ins terroristische Eck zu stellen. Wer entscheidet, was eine „unternehmensähnliche Verbindung einer größeren Zahl von Personen“ ist oder welche „Handlungen, das Vermögen bedrohen, schwere Sachbeschädigung oder Nötigung darstellen“ und „dadurch erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft“ anstreben (§ 278)? Strebt nicht jede politische Organisation einen Einfluss auf Politik bzw. Wirtschaft an? Gehört ein auf der Erde liegendes verteiltes Flugblatt bereits in die Kategorie „Sachbeschädigung“? War der Oktoberstreik 1950 in Wirklichkeit eine breit angelegte terroristische Aktion der Lohnabhängigen?

In Zukunft könnte also ein Streik für



bessere Arbeitsbedingungen nicht nur als nicht zulässig erklärt werden, sondern die Streikenden als TerroristInnen verhaftet werden. Auch die derzeit stattfindenden Uni-Besetzungen der Studierenden könnten zukünftig mit Gefängnisstrafen geahndet werden. Mit diesem Vorgehen sollen unangenehme politische AktivistInnen kriminalisiert werden. Gleichzeitig kommt es zu einer verschärften Repression der Polizei wie z.B. bei dem massiven Gewalteininsatz bei einer antifaschistischen Demonstration in Linz am 1. Mai 2009. Für Martin Balluch, VGT Obmann und einem der Betroffenen, ist deshalb die Antirepressionsarbeit ein urlinkes Anliegen und gleichzeitig antifaschistische Arbeit.

Betroffen sind derzeit AktivistInnen der Tierrechtsbewegung, aber treffen kann es jedeN von uns – gemeint sind wir alle. Oder mit den Worten von Martin Balluch: „Wenn wir uns jetzt gemeinsam wehren, dann sind wir vielleicht stark genug, diese Repressionswelle aufzuhalten.“

## **Infos aus Sicht der Betroffenen:**

<http://solidaritaetsgruppe.lnxnt.org/>,  
<http://www.vgt.at/projekte/repression/history.php>

**Renate Vodnek ist Aktivistin der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften in Wien**

# Jetzt müsste bald der Kragen platzen!

Von *Hubert Schmiedbauer*

**Die Scharfmachereien der Unternehmer und ihrer Organisationen beweisen: Das Kapital ist auf einem bisher nicht gekanntem Raubzug, um die bereits aufgehäuften Profitmassen zu vermehren.**

Bei einer vom kapitalistischen Wirtschaftssystem verursachten Krise sollen von den Regierungen mit Hilfe willfähriger Meinungsmacher die Lohnabhängigen so weit manipuliert werden, dass sie „freiwillig“ und ohne Widerstand weitere Lohnanteile und soziale Sicherheiten den Gewinnkonten der Unternehmen sowie dem Finanzminister opfern, der wiederum großzügig das Kapital sponsert.

## **Kommandostelle Industriellenvereinigung**

In die Krise ist die kapitalistische Weltwirtschaft nicht erst durch den Crash der Banken geraten, der Abstieg hat sich allmählich schon längst angekündigt. Die verfehlte Investitionspolitik der Konzerne, die zurückbleibende Massenkauflkraft, die Privatisierung des öffentlichen Sektors, die Zerstückelung der Infrastruktur wurden von den Regierungen gedeckt bzw. vollzogen. Kapital aus den Gewinnen der Industrieproduktion wurde abgezogen auf der Suche nach weiteren Profitzuwächsen.

Als Auffangnetz für Konzerne und Banken hat die Regierung 100 Milliarden (!) Euro in Reserve genommen. Die Verluste aus der Krise werden also aus Steuergeldern abgesichert. Jetzt hören wir täglich das Gejammer über die Staatsschulden, das Budgetdefizit, die Zinsen aus der Staatsschuld und vor allem die Unmöglichkeit, die Pensionsversicherung und die Krankenkassen ausreichend zu stützen.

Dabei handelt es sich um gesetzliche Leistungen, woraus sich Verpflichtungen des Staatshaushalts ableiten, den nicht durch Beiträge gedeckten Haushalt der Sozialversicherungen abzu-

decken. Etwa nach der Faustregel, jeweils ein Drittel aus Lohnabzügen, aus Unternehmerbeiträgen (ebenfalls von den Lohnabhängigen erarbeitet) und aus dem Staatshaushalt.

## **Umverteilung nach oben wurde beschleunigt**

„Wir haben lange Zeit über unsere Verhältnisse gelebt“ meint Industriellenpräsident Veit Sorger. Ein wahres Wort, wenn Sorger mit „wir“ die Kapitalseite meint. Nach Daten der Statistik Austria wurden folgende Fakten erarbeitet\*): Die Lohnquote in Österreich – also der Anteil der Lohn-einkommen (brutto einschließlich Sozialversicherungen) an der Gesamtwertschöpfung – ging seit dem EU-Anschluss 1995 bis 2008 von 62 auf 55 Prozent zurück, der Anteil der Einkommen aus Besitz und Vermögen bzw. der Unternehmensgewinne stieg von 38 auf 45 Prozent.

In Euro hätte es bei etwa gleich bleibenden Quoten 1995 bis 2008 um 57,5 Mrd. mehr an Nettolöhnen und Gehältern gegeben, 15,3 Mrd. mehr Lohnsteuer an den Staat und 25,6 Mrd. mehr an Einnahmen der Sozialversicherungen. Die Kapitalseite hat sich seit dem EU-Anschluss also fast 100 Mrd. Euro zusätzlich herausgeholt. Die Dividendenausschüttungen an die Aktionäre stiegen auf das Fünffache. Aber Herr Sorger meinte mit „wir“ nicht seinesgleichen. Er redet von radikalem Sparen: Senkung der Staatsausgaben um drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts und dieses niedrige Niveau sei zehn Jahre beizubehalten.

Die PensionistInnen hat Sorger schon „asozial“ genannt und nach deren Pro-

test zynisch korrigiert, er hätte besser „unsozial“ oder „unsolidarisch“ sagen sollen. Ihre Forderung von 1,9 statt 1,5 Prozent Pensionserhöhung würde 200 Millionen Euro kosten. Und der Finanzminister beharrt auf Einschränkungen im Gesundheitssystem, weil den Krankenkassen 1,2 Milliarden Euro fehlen. Weiterer Sozialabbau steckt hinter dem „Transferkonto“ und der Hetzkampagne gegen die Transferzahlungen an die sozial Schwachen. „Das Sozialsystem schafft keinen Anreiz für Leistung“, jubelt „Die Presse“ über eine „Studie“ zur Weiterführung der Schmarotzer-Hetzkampagne.

Die Industrie drängt auf weitere Verschlechterungen der sozialen Lage in der Arbeitswelt: Zerschlagung des Systems der Kollektivverträge, dafür einzelne „Lohnverträge“ in Konzernen und Betrieben. Flexible Arbeitszeitmodelle mit unmenschlichen Arbeitszeiten. Zeitkonten mit Durchrechnung über mehr als zwei Jahre. Unbeschränkte Kurz- und Teilzeitarbeit. Handel, Gastronomie und Massenmedien sind zuverlässige Verbündete der Industrie.

Widerstand ist angesagt! Die KollegInnen von Druck und Papier zeigen Zähne zur Verteidigung ihres Kollektivvertrages. Auch die StudentInnen lassen sich nicht mehr alles gefallen. Fast täglich kommen scharfe Reaktionen aus den Gewerkschaften. Die ungarischen Eisenbahner streikten gegen Streckenstilllegung und Massenabbau. Eine europäische Solidarität ist denkbar. Sie muss machbar werden.

**Hubert Schmiedbauer ist Journalist und lebt in Graz**

\*) „Guernica“, Werkstatt für Frieden und Solidarität, Linz

# Stronachs Traum geplatzt

**Am 3. November entschied der Verwaltungsrat von General Motors die deutsche GM-Tochter Opel doch nicht zu verkaufen. Faktisch über Nacht platzten damit die hochgestochenen Pläne von Frank Stronach.**

1862 gründete Adam Opel eine Nähmaschinenfabrik, die zum größten deutschen Autohersteller aufstieg. Die Weltwirtschaftskrise 1929 zwang Opel zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, die vom Detroit Autokonzern General Motors übernommen wurde und im 2. Weltkrieg beide Seiten belieferte.

Die Weltwirtschaftskrise 2009 zwang GM zur Insolvenz, der Konzern wurde in den USA teilverstaatlicht. Eine Übernahme von Opel durch den Autzulieferer Magna galt als faktisch fix. Wie in Österreich sollte sich Frank Stronach als Erfüllungsgehilfe staatsmonopolistischer Interessen bewähren. Nun ist der Milliardendeal geplatzt, die Zeche dafür zahlten freilich schon vorher die ArbeiterInnen beider Unternehmen gleichermaßen.

„Die Beschäftigten hier fühlen sich einfach verschaukelt“, erzählt Arbeiterbetriebsrat Peter Scherz über die Stimmung in der Belegschaft von Magna-Steyr in Graz. 2008 wurden 4.000 MitarbeiterInnen zur Kurzarbeit angemeldet und rund 1.500 LeiharbeiterInnen „abgebaut“. Erst im März forderte die Geschäftsführung die Angestellten zum Lohnverzicht auf, mehr als 90 Prozent stimmten – freilich nicht ganz freiwillig – zu.

Am 30. April offenbarte Stronach über die „Kleine Zeitung“: „Magna ist eine sehr gesunde Firma, wir haben ungefähr 1,5 Milliarden Dollar Barreserven auf der Bank, da können wir ruhig in ein Geschäft hineingehen, ohne uns selbst zu gefährden.“ Die Barreserven (von der Belegschaft produzierte Gewinne) sollten die größ-

te Akquisition in der Magna-Story ermöglichen: die Übernahme von Opel.

## **Staatshilfen**

Nach monatelangen Verhandlungen schien der Deal auch fix. Noch am 10. September empfahl der GM-Verwaltungsrat 55 Prozent von Opel an Magna zu verkaufen. Mit ein Grund, warum es nicht dazu kam, war die fehlende Zustimmung der EU-Wettbewerbsbehörde, ob Magna durch Staatshilfen ein Wettbewerbsvorteil erwachsen wäre. Immerhin 4,5 Milliarden Euro an staatlichen Krediten und Bürgschaften hatte sich Stronach gesichert, den Löwenanteil davon vom deutschen Staat. Ein Beispiel dafür, wie die SteuerzahlerInnen eine private, profitorientierte Übernahme finanzieren.

Das Magna-Konzept sah in Rüsselsheim und Bochum den Abbau von 3.800, die Schließung des Werkes in Saragossa mit 7.500 Beschäftigten vor und auch der Fortbestand des Werkes in Antwerpen stand zur Disposition. Zu allem Überdross wollte man den MitarbeiterInnen 265 Millionen Euro durch den Verzicht auf Weihnachts- oder Urlaubsgeld bis 2014 abpressen. Die Aussichten sind freilich kaum besser, wenn Opel jetzt weiter unter der Fuchtel von GM bleibt.

## **Ernüchterung**

Auch in Graz wich die Euphorie der Ernüchterung. „Ein Stück vom großen Kuchen“ erwartete sich Angestelltenbetriebsrat Günter Pepper noch, als bekannt wurde, dass Magna den Zuschlag für Opel erhalten würde. Eine Hoffnung, die sich spätestens als VW

eine künftige Zusammenarbeit mit Magna in Frage stellte, als falsch erweisen sollte.

Dann wurde bekannt, dass Magna in der Abteilung Forschung und Entwicklung im Grazer Stammwerk weitere 300 Mitarbeiter abbauen wird. Intern sollen bereits Listen von MitarbeiterInnen, auf die verzichtet werden kann, kursieren. Scherz bestätigt, dass sich unter den Kündigungsoffern auch solche befinden, die erst vor wenigen Monaten einem Lohnverzicht zugestimmt haben. Scherz fühlt sich bestätigt. Schon vor Monaten warnte er, dass durch Lohnverzicht keine Arbeitsplätze gesichert werden könnten.

## **Internationaler Protest**

Über 20.000 Beschäftigte demonstrierten in Belgien und Spanien gegen geplante Werksschließungen. In Antwerpen fand EGB-Generalsekretär Peter Scheerer recht deutliche Worte: „Wenn wir heute nicht kämpfen, könnten morgen Bochum, Luton oder Saragossa dran sein“. Scheerer forderte zum gemeinsamen Handeln auf.

Bei den Rivalitäten der Konzerne müssen immer die Beschäftigten ausbaden, was Manager verbockt haben. Die von Magna geplanten Einschnitte bei Opel wird jetzt wohl der leicht erholte US-Konzern General Motors in Eigenregie erledigen. Denn in der von einer massiven Strukturkrise gebeutelten Auto- und Zulieferindustrie ist Marktberreinigung angesagt: „Die Opel-Entscheidung hat für uns auch etwas Gutes: Unsere Spitzenmanager müssen sich wieder auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren, nämlich wie sie neue Aufträge für den Standort Graz hereinbekommen und so die Arbeitsplätze sichern“, so Peter Scherz' Resümee.

# Lernen aus der Krise?

**Innovation und Weiterbildung im OÖ Automotivsektor: Das AMS OÖ hat das Linzer Institut für qualitative Analysen (LIQuA) mit der Erstellung einer Studie zur Lage des automotiven Sektors in Oberösterreich beauftragt. Auf Basis von ExpertInnengesprächen und einer Unternehmensbefragung bei den oberösterreichischen Automobilcluster-Partnerunternehmen wurden Innovationsfelder und die Folgen für den Personal- und Qualifizierungsbedarf eingeschätzt sowie konkrete Weiterbildungsinhalte eruiert.**

Die Studie macht anhand vieler Aussagen von AkteurInnen und ExpertInnen deutlich: der Auto(zuliefer)industrie ist nicht nur von einer Konjunkturkrise betroffen, sondern von einer tiefgehenden Strukturkrise. Falsche Modellpolitik und die langjährige Ignoranz gegenüber mittel- und langfristigen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Endlichkeit fossiler Ressourcen, der Verkehrsüberdruck in Städten und die neuen Mobilitätsbedürfnisse sind nur einige davon.

Überkapazitäten, einbrechende Absatzzahlen, senkrechte Abstürze der Auftragseingänge sowie das Nicht-Funktionieren der industrie-eigenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sind aber nicht nur ein volkswirtschaftliches Problem, sondern haben vor allem Auswirkungen auf die Beschäftigten. Auf absehbare Zeit wird das Beschäftigungsvolumen deutlich unter dem Niveau der letzten Jahre liegen. In den 236 Partnerunternehmen des oö. Automobilcluster waren vor der Krise rund 60.000 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Ein künftiges Automobil (sowie dessen Nutzung) werden sich von bisherigen beträchtlich unterscheiden – etwa bei den Werkstoffen, Antriebssystemen und Herstellungsprozessen. Neben alternativen Antrieben und Fahrzeugen wird es andere Nutzungs- und Mobilitätskonzepte (Automobilität 2.0) geben. Zur Entwicklung neuer Verkehrs- und Mobilitätsdienstleistungen müssen Energieunternehmen, die IT-Branche und Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs kooperieren

und durch eine kritische Wissenschaft und Öffentlichkeit begleitet werden.

Die gegenwärtigen Innovationenforderungen sind nicht durch die Weiterentwicklung der gewachsenen Strukturen zu bewältigen. Es müssen regionale Lern- und Innovationsprozesse initiiert werden. Diese können von neuen Kooperationsformen und (regionalen) Wertschöpfungsketten, über neue Modelle der Wei-

terbildung und neue Lernformen (Bildungsinnovationen) sowie neue Organisationsstrukturen (Beteiligung) und Arbeitsprozessen (Freiräume) bis hin zu neuen Produkten und Dienstleistungen reichen. Nur dadurch können scharfe soziale Brüche vermieden und bevorstehende Innovationen (früher) erkannt werden.

Die digitale Fassung (Lang-, Kurz-, und Presseversion) der Studie sowie das mediale und politische Echo stehen auf [www.liqua.net/ibr](http://www.liqua.net/ibr).

*Die AutorInnen David Lechner, Kurt Plank, Monika Sträußberger sind im Rahmen des Projektes „Innovative Bildungsräume“ in Linz, Steyr und Graz tätig.*

## Blackbox „Konjunkturkrise trifft Strukturkrise“

Automobilzulieferer sehen sich der bislang größten Krise ihrer Geschichte gegenüber. Folgende skizzierten Ereignisse setzen die Automobilindustrie aktuell unter Druck:

Konjunkturentwicklung - Autoabsatz im freien Fall: Durch die weltweite Rezession und das daraus resultierende nachlassende Verbrauchervertrauen sind die Absatzzahlen massiv eingebrochen. Viele Unternehmen der Zulieferindustrie erlebten einen senkrechten Absturz ihrer Auftragseingänge. Auch das „Platzen der Abwrackblase“ wird den Automobilmarkt noch hart treffen. Für das Jahr 2010 wird der Autoabsatz massiv sinken.

Überproduktion – Produzieren für die Halde: Die Krise der Automobilindustrie kann als hausgemacht eingeschätzt werden. Hauptgründe sind sowohl eine gnadenlose Überproduktion als auch eine falsche Modellpolitik.

KäuferInnenverhalten – Von der heiligen Kuh zum Gebrauchsartikel: Durch den Klimawandel, die tendenzielle Verknappung und Verteuerung von Öl, dem Verkehrsüberdruck in vielen Städten und die neuen Mobilitätsbedürfnisse vieler Menschen wird sich die weltweite Nach-

frage nach Automobilen stark verändern. Es werden weniger und kleinere Fahrzeuge gekauft. Während das Kleinwagensegment 2009 weiter wuchs mussten Luxuskarossen und SUVs kräftig Federn lassen.

Liquiditätskrise - Von der Cashcow zum negativen Cashflow: Die Automotive Zulieferindustrie Österreichs rechnet im Jahr 2009 mit dramatischen Auftrags- und Umsatzeinbrüchen. Die Firmen aus dem Automotivsektor haben dadurch derzeit massive Finanzierungsprobleme, die „Liquiditätsengpässe“ zur Folge haben. Die Finanzmittel sind u.a. durch restriktive Kreditvergaben für dringend notwendige Innovationen (Hybrid-Antriebe, Batterietechnik für Elektroautos, neue Sicherheitssysteme, etc.) nicht vorhanden.

Insolvenzgefahr – Wer streckt die Waffen: Nach dem „AlixPartners Early Warning Model“ befanden sich 2008 etwa 22 Prozent aller europäischen Automobilzulieferer in Insolvenzgefahr. Diese Zahl wird sich im Jahr 2009 auf 30 bis 50 Prozent erhöhen.

# „Hey Boss ich brauch mehr Geld...“

Von Josef Stingl

..., mit diesem Titel sang sich 1974 Gunter Gabriel in die Hitparaden. Zwei Jahre später kam es „zum Lohnknick“. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen, kurz die Lohnquote, ist seit diesem Zeitpunkt von rund 80 Prozent auf 65 Prozent zurückgefallen. Die Folge: Von 2000 bis 2006 sind die Unternehmens- und Vermögenserträge dreimal soviel gestiegen als jene der ArbeiterInnen und Angestellten.



Ein Phänomen, das auch Ex-Sozialminister Erwin Buchinger nicht verborgen blieb. Im März 2008 veröffentlichte er den Bericht „Die Verteilung der Einkommen in Österreich“ und er verwies dabei darauf, dass der Rückgang der Lohnquote ein internationaler Trend ist: „Bemerkenswert ist aber, dass das Tempo des Rückgangs in Österreich doppelt so hoch wie im EU-15 Durchschnitt (fünf Prozentpunkte) war“, so im Originaltext des Berichts.

Aus linker Gewerkschaftssicht bemerkenswert ist, dass im gleichen Bericht Buchinger seinen ÖGB-KV-ChefverhandlerInnen-ParteifreunderIn offiziell attestierte, dass sie jahrelang bei ureigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften schlechtes Verhandlungsgeschick gezeigt haben. Denn wesentliche Ursachen für den Rückgang der Lohnquote sei neben der Arbeitslosigkeit und der Veränderungen bei den Beschäftigungsformen, die im langjährigen Durchschnitt unter den Produktivitätssteigerungen liegenden kollektivvertraglichen Lohnsteigerungen.

## **Nulllohnrunde ist ein Minus**

Derzeit, in einer krisengeschüttelten Zeit, läuft die Metallerlohnrunde – aber auch die große Runde der Handelsangestellten und zahlreiche andere KV-Lohnrunden stehen kurz bevor. Von mäßigen, von zurückhaltenden, von moderaten Lohnerhöhungen bis

hin zu einer Nulllohnrunde – wie es etwa der IV-Chef Veit Sorger verlangt, ist der Bogen der UnternehmerInnen, um ihre Krisenkosten auch beim Inflations- und Produktivitätsausgleich für die ArbeitnehmerInnen auf diese abzuwälzen.

Berechtigt hat der ÖGB vor den großen KV-Lohnverhandlungen eine Kampagne gegen die befürchteten Nulllohnrunden gestartet: „Verlieren Sie gerne 6.745 Euro? Wer 2.200 Euro brutto verdient, würde durch eine einzige Nulllohnrunde in zehn Jahren fast 7.000 Euro verlieren!“ wird auf den ÖGB-Foldern und -Plakaten vorgerechnet. „Einmal auf zwei Prozent zu verzichten klingt im ersten Moment nicht so tragisch, wirkt sich jedoch in den Folgejahren verheerend aus. Jeder kann unter [www.nulllohnrunde.at](http://www.nulllohnrunde.at) den drohenden Verlust selbst berechnen“, so der Tiroler ÖGB-Landessekretär Peter Hofer bei Pressevorstellung dieser Aktion.

## **Einmalzahlung ist ebenfalls ein Minus**

Auch die Fachgewerkschaften und alle Fraktionen unterstützen die Kampagne. Die „MetallerInnengewerkschaft“ GMTN beispielsweise verspricht ihren Mitgliedern, dass sie sich mit allen Mitteln gegen eine Nulllohnrunde wehren wird. In der Realität zeigt sich allerdings ein anderes Bild. Hinter der Hand hört man dann, dass es schwierig werde und

man mit einem geringen Prozentsatz und allfälligen – in den letzten Jahren modern gewordenen – Einmalzahlungen mehr als zufrieden sei.

Was für eine Nulllohnrunde gilt, gilt natürlich auch für Einmalzahlungen. Bleiben wir bei dem in der ÖGB-Kampagne verwendeten 2.200 Euro Bruttoeinkommen, mit einem 6.745-Euro-Verlust bei einer Nulllohnrunde. Liegt die Einmalzahlung bei 250 Euro (diese Summe war im Vorjahr bei den MetallerInnen der von der EBIT-Marge abhängige Maximalbetrag), dann macht das Minus in 10 Jahren noch immer 6.500 Euro aus.

Bleibt die Frage offen, ist eine „Nulllohnrundenkampagne“ das Einzige was der ÖGB gegen gestiegene Produktivität, jahrzehntelange sinkende Lohnquote und Einmalzahlungsminus anzubieten hat? Warum gibt es keinen Vorstoß mit offensiven Lohnforderungen, keinen Vorstoß für Umverteilungsmaßnahmen steuerlicher Natur oder zumindest einen Vorstoß in Richtung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als erste Abgeltung der gestiegenen Arbeitsleistung der letzten Jahrzehnte.

**Josef Stingl ist Koch und Betriebsrat in Innsbruck und Stv. Bundesvorsitzender des GLB**

# Datenskandal: Die kranken Eisenbahner

Von Werner Beier

Halten wir fest: Ein Betrieb wie die ÖBB sind weder Mädchenpensionat noch ein Ministerium. Hier wird schwere, gefährliche Arbeit rund um die Uhr und bei jeder Witterung an jedem Tag des Jahres durchgeführt. Wenn Bürokraten, Politik und Medien immer wieder mit der angeblich so hohen Anzahl von Krankenstandstagen im Österreichvergleich argumentierten, hat der GLBvida stets auf die zahlreichen schweren Arbeitsunfälle mit entsprechender Nachsorgung und die naturgemäß auftretenden Leiden einer ausgebrannten und überalterten Belegschaft hingewiesen. Wer eins und eins zusammen zählen kann, wird auch erkennen, dass sich dieses Problem durch die Anhebung des Pensionsalters eher noch verschärfen wird.

Wer sich mit dem Mechanismus von abgehobenen Managements auseinandersetzt, wird bei den ÖBB die typischen Muster erkennen: Erstens wird als Reaktion auf äußeren Druck der Hebel vorsorglich einmal bei der Belegschaft angesetzt und die interne Grundlage für eine Durchleuchtung der Krankenstände geschaffen. Schließlich geht es um Bilanzen und Statistiken als täglich Brot der Zahlenschaufler und damit letztlich um die eigenen Pfründe.

Zweitens wird die Drecksarbeit an die zweite Ebene der Personalisten und Bereichsleiter delegiert, um möglichst nicht mit Unannehmlichkeiten oder gar Verantwortung konfrontiert zu werden. Diese meist karrieregeile nachgeordnete Verwaltungsebene kann sich schließlich aus einem zuvor geschaffenen Köcher von Maßnahmen bedienen: Krankenstandsrückkehrbefragung, Mitarbeitergespräch und vor allem dem Vorschlagsrecht für Beförderungen. Ein Eldorado für Druckausübung und Datensammlung. Der GLBvida verlangt die schonungslose, umfassende Aufklärung des

Datenskandals und empfiehlt jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter die zustehende Einsicht in den Personalakt. Unrechtmäßige Einträge sind auf Verlangen nachweislich zu löschen. Wir unterstützen gerne.

Fazit und ins Gebetsbuch gegenwärtiger und kommender ÖBB-Führungskasten geschrieben: Jubelnde Konzernkommunikation, Parolen, Mitar-

## AUA – das Finale

Von Werner Beier

Nachdem die ehemals staatliche Luftlinie noch tiefer in die roten Zahlen geraten war, scheint nationale Beruhigung und Wohlgefallen über die doch noch gelungene Abnabelung und Mitgift zu Gunsten der deutschen Lufthansa zu herrschen. Oder wie sonst nennt sich ein Geschenk, dem noch hunderte Millionen von Steuergeldern quasi beige packt werden?

Der dramatische Absturz der AUA wurde natürlich auch durch sinkendes Passagieraufkommen und steigende Betriebskosten hervorgerufen, aber das sind die aktuellen Bedingungen aller Fluggesellschaften weltweit und taugt argumentativ daher nur sehr eingeschränkt. Tatsächlich wurde mit der Veröffentlichung der traurigen Halbjahresbilanz den Profiteuren in die Hand gespielt und – welch Wunder – kurz darauf die „Verkaufsverhandlungen“ finalisiert. Das AUA-Management hat jedenfalls jahrelang maßgeblich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten beigetragen und redlich dafür gesorgt, dass der Wert der Luftlinie kontinuierlich eingebrochen ist.

Der GLBvida hat schon in der Vergangenheit auf die enge Verbundenheit der handelnden Personen in ÖIAG und AUA mit deutschen Finanz- und Konzerninteressen hingewiesen. Der Verdacht liegt äußerst nahe, dass die Abwicklung dieses Kapitels österrei-

beitertage und Phrasendrescherei können über eure menschenverachtende Grundeinstellung nicht hinweg täuschen. Wir lassen uns weder auf Kostenfaktoren reduzieren, noch sind wir ein notwendiges Übel. Aber ohne uns seid ihr nichts!

**Werner Beier ist Stv. GLB-Vorsitzender und Stv. Vorsitzender des GLBvida**

chischer Geschichte generalstabsmäßig geplant und – wie auch schon 2005 bei der VA-Tech – minutiös durchgezogen wurde.

Österreich zeigt sich jedenfalls wenig betroffen: Die heimische Hampelmannpolitik scheint weder vom offenen Verstoß gegen den eigenen Regierungsauftrag, dem Verschenken von Volksvermögen plus einer halben Milliarde oder gar vom Schicksal der rund 8000 AUA-Mitarbeiter beeindruckbar zu sein. Die Gewerkschaften sowie übrige „Sozialpartner“ halten in gewohnter Vasallentreue still mit Ausnahme eines Herrn Leitl, der sogar eine Ausweitung der ÖIAG-Befugnisse einfordert, um offensichtlich die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte (O-Zitat Finanzminister Erwin Pröll) zu sichern.

Eine breite öffentliche Aufregung im AUA – Drama scheint es hierzulande aber auch kaum zu geben. Gewöhnungseffekt an dieser Art Politik oder erfolgreiche mediale Aussteuerung der öffentlichen Meinung? Beispielweise gehören u.a. die Magazine Trend, Profil, Format und News dem deutschen Bertelsmann – Konzern und Bertelsmann ist über organrechtliche Verbindungen – erraten – tief mit deutschen Konzernen verbunden und so schließt sich der Kreis der Unappetitlichkeit.



# Managerkultur - Die Bahn im Wahn

Von Franz Grün

**Die regelmäßige mediale Präsenz der Österreichischen Bundesbahnen wäre an sich zu begrüßen – wären die Meldungen nicht immer negativ behaftet. Verantwortlich dafür sind in vielen Fällen die Spitzenmanager der Bahn. Für die Tagesabläufe sind jedoch andere zuständig.**

Pünktlichkeit, saubere und funktionierende Waggon, ständig aktualisierte Informationen und all die anderen bei einem gut funktionierenden Bahnbetrieb vom Fahrgast mit Recht zu erwartende Kundendienste scheinen der Vergangenheit anzugehören. Seit der von der schwarzblauen Regierung im Jahr 2003 gegen den Widerstand der Eisenbahner verordneten Aufteilung der ÖBB (Eisenbahnstrukturgesetz 2003) geht die Zufriedenheit der Bahnkunden den Bach runter.

Es mag zwar aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheinen einen Großbetrieb zu filetieren um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden (oder stecken andere Gedankengänge dahinter), für einen Dienstleistungsbetrieb wie die ÖBB und vor allem aus der Kundensicht ist dies der falsche Weg. Die Aufteilung in eigenständige Betriebe förderte nur das Konkurrenzdenken untereinander, statt im Sinne der Bahnkunden und eines perfekt ablaufenden Betriebes ein gemeinsames Ziel vor Augen zu haben.

Bis man heute als Reisender einen Zug besteigen kann, hat man es mit verschiedenen Firmen zu tun. Wartehalle (Immobilien), Fahrkartenschalter oder Automat (Personenverkehr), Fahrdienstleiter (Netzbetrieb). Die Aufteilung führte dazu, dass keiner der ÖBB-Mitarbeiter für den Zuständigkeitsbereich einer anderen Firma tätig werden kann oder darf. Dies wiederum führt zum berechtig-

ten Frust der Bahnkunden, die dafür kein Verständnis aufbringen.

Durch die Filetierung der Österreichischen Bundesbahnen und die damit verbundene Installierung der verschiedenen Firmen war es auch notwendig, das für den strategischen Teil zuständige Management, für jede einzelne Firma neu festzusetzen. Waren bis zum Jahr 2003 rund 25 Manager für den strategischen Aufbau der ÖBB verantwortlich, so ist deren Zahl in den Jahren danach auf rund 125 angewachsen. Da deren Bestellung hauptsächlich in die Zeit der ÖVP/FPÖ bzw. ÖVP/BZÖ Regierungsverantwortung gefallen ist kann man sich vorstellen mit welchen Hintergedanken hier gearbeitet wurde.



Die Kosten für das strategische Management haben sich in den Jahren nach 2003 zumindest verfünffacht. Dazu kommen noch die Kosten für externe Beraterfirmen welche man

sich leistet. Der täglich dienstversehende Eisenbahner kommt in den Kalkulationen der einzelnen Gesellschaften zu teuer. Personaleinsparungen im Bereich des ausführenden Dienstes schmälern die Qualität bei der Kundenbetreuung.

Ziel dieses Managements ist scheinbar nach wie vor verschiedene Betriebe börsenfähig zu machen ohne den sozialpolitischen Aspekt eines öffentlichen Transportunternehmens zu berücksichtigen. Der Bahnkunde bleibt allenfalls auf der Strecke. Die Haie der freien Marktwirtschaft warten (trotz Wirtschaftskrise) bereits in den Startlöchern.

ÖBB-Chef Klugar sprach im Frühjahr von Einsparungen in Höhe von 100 Millionen Euro in den nächsten eineinhalb Jahren. Zu Kündigungen sollte es dabei aber nicht kommen. Auf die Verspätungen der Züge angesprochen (nur rund 70 Prozent der Züge verkehren ohne Verspätung) meint Klugar in einem ORF Interview im Herbst, diese seien auf die vielen Baustellen zurückzuführen. Ab 2010, nach Abschluss der Bauarbeiten, werde es wieder besser werden.

Mit der im Herbst beschlossenen Strukturbereinigung und die Rückführung auf drei Betriebe sollte es auch möglich sein, das Management und die Ausgaben für externe Beraterfirmen auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen.

**Franz Grün**  
ist **Bundessekretär des GLB** v. d. A.



# Nanotechnologie: Ein heißes Eisen

Von Rosalia Krenn

**Am 16. September 2009 veranstaltete die AK Salzburg eine Fachtagung zum Thema Nanotechnologie, einer Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts.**

Laut Werner Brüller (Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) ist Nanotechnologie „die Visualisierung, Charakterisierung, Produktion und Manipulation von Partikeln, die kleiner als 100 Nanometer sind“. Dazu zählen neben der Herstellung von so genannten Nanomaterialien auch die Nanomanipulation, bei der mit Hilfe von speziellen Mikroskopen einzelne Nanopartikel gezielt verändert werden.

Als Einsatzmöglichkeiten der Nanotechnologie führte Gernot Zweytick (FH Wiener Neustadt, Campus Wieselburg) Energiegewinnung und -speicherung, Elektronik, Textilien, Farben, Lacke, Landwirtschaft, Kosmetik, Medizin und Lebensmittel an. Susanne Stark (Verein für Konsumenteninformation) ergänzte durch die Bereiche Gummi, Bau, Auto-, Metall- und Computerindustrie, Babywindeln und Shampoos.

Laut Zweytick könnten bislang etwa 150 bis 600 Lebensmittelprodukte und etwa 400 bis 500 Lebensmittelverpackungen zum Verkauf angeboten werden. Laut Stark waren 2006 etwa 2.000 mit Nanopartikeln versehene Produkte erfasst.

Die „üblichen Verdächtigen“ Konzerne wie Pepsi, Nestle, Bayer, BASF usw. forschen im Bereich der Nanotechnologie und wenden diese an. Laut Stark lag der vermutete Umsatz von Nanoprodukten weltweit 2008 bei etwa 700 Milliarden Euro, für 2014 werden Profite in der Größenordnung von 750 bis 2.000 Milliarden Euro erwartet.

Die ExpertInnen sind sich darin einig,

dass die Risiken insgesamt noch nicht einschätzbar und wenig untersucht sind, die Forschung in Bezug auf Auswirkungen der Entwicklung und Anwendung der Nanotechnologie hinterherhinkt und ein hohes Risiko beim Eindringen von Nanopartikeln in die Lunge besteht.

Hans Peter Hutter (Institut für Umwelthygiene Wien): „Wie sich die aufgenommenen Partikel ... im Organismus genau verhalten ... ist weitgehend ungeklärt. Gesundheitsrisiken können derzeit weitgehend nur aus Analogieschlüssen abgeschätzt werden ... Aus ärztlicher Sicht ist ... eindringlich ein vorsichtigerer Umgang mit der Nanotechnologie ... zu fordern.“ Nanopartikel können Entzündungen auslösen, zu Lungenerkrankungen führen, sie könnten Zellen zur Wucherung anregen, Krebserkrankungen wären die Folge.

Die ExpertInnen schwankten zwischen der Forderung nach Kennzeichnungspflicht und der ethischen Haltung, Produkte grundsätzlich erst dann zuzulassen, wenn diese für Mensch und Umwelt keine Gefahr darstellen. Es gibt derzeit keine rechtliche Klärung, bis 2012 will die EU-Kommission laut Thomas Jakl (Abteilung Chemiepolitik, Lebensministerium) Richtlinien für die Zulassung von Nanoprodukten erarbeitet haben, angewendet werden sie aber bereits heute. Gemutmaßt wird, dass die Militärs bei Panzerungen (dichte Schutzbeschichtung) und der Spionage (Miniaturisierung) schon weiter fortgeschrittene Entwicklungen aufweisen.

Jakl meinte, dass ohnehin alle Produkte einem aufwendigen Kontrollprozess

unterzogen würden und stellte eine EU-Regelung für 2012 in Aussicht. Stefan Göweil (AK Salzburg, Konsumentenberatung) forderte eine Kennzeichnungspflicht für Nanoprodukte. Die ExpertInnen beriefen sich auf Studien, wonach gesundheitliche Risiken bzw. ernsthafte Erkrankungen vor allem im Bereich der Atemwege bereits festgestellt worden seien. Weitestgehend sind die Reaktionsweisen von Nanopartikeln im menschlichen Organismus und die Wechselwirkungen in der Umwelt unbekannt, die Datenlage zu den Risiken ist äußerst mangelhaft.

Die AK-Forderung nach verpflichtender Kennzeichnung ist vollinhaltlich zu unterstreichen. Der Handlungsrahmen scheint allerdings zu kurz gegriffen, vermisst wird eine breit angelegte Kampagne zur Durchsetzung der Kennzeichnungsverpflichtung. Die Debatte weist Ähnlichkeiten mit jener um die Atomenergie auf. Quasi jetzt bauen wir die Atomkraftwerke zunächst einmal, dann werden wir schon sehen, welche Effekte sie haben. Die Argumente der BefürworterInnen sind immer die gleichen: Es geht um Innovation, Fortschritt, wer will denn schon in Höhlen leben.

Ihre bereitwilligen Handlanger in der Politik findet die Industrie allemal und bei den kalkulierten Profitraten zahlt sich Lobbying schon aus. Rüstungsindustrie, Militärs und Spionage setzen auf Nanotechnologie. Um es mit den Worten der GründerInnen von Greenpeace zu sagen: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann.“

**Rosalia Krenn ist Betriebsrätin der Lebenshilfe Salzburg**

# 125 Jahre Arbeitsinspektion

Von Christian Gaishofer

**Im Jänner 1884 nahmen die ersten Arbeitsinspektoren, damals noch als Gewerbeinspectoren bezeichnet, ihre Tätigkeit auf. Alice Ritter wurde 1906 als erste Frau in der Gewerbeinspektion in Wien eingesetzt.**

Der 1. Weltkrieg war durch eine Aufweichung der ArbeitnehmerInnen-schutzbestimmungen gekennzeichnet. Die Gewerbeinspektoren konnten ihrer Kontrolltätigkeit aufgrund der Einberufungen von Beamten zum Kriegsdienst bzw. durch die Belastung von kriegsnotwendigen Tätigkeiten nicht mehr in ausreichendem Maß nachkommen.

In der Ersten Republik war es vorrangigstes Ziel der Gewerbeinspektoren den wertvollsten Besitz des geschrumpften kleinen Staates eine gesunde ArbeiterInnenenschaft gegen Unfalls- und Krankheitsgefahren zu schützen. Nach dem Verlust der Eigenstaatlichkeit Österreichs im Jahre 1938 wurden wie in Deutschland die Berufsgenossenschaften eingerichtet und deren Unfallsverhütungsvorschriften eingeführt.

Am 3. Juli 1947 wurde das neue Arbeitsinspektionsgesetz beschlossen und die Unfallsverhütungsvorschriften verloren ihre Gültigkeit. Ein wichtiger Schritt in Richtung ArbeitnehmerInnen-schutz im heutigen Sinn war vollzogen. 1949 trat Österreich der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei, wobei im Übereinkommen Nr. 81 die Arbeitsaufsicht in Handel und Gewerbe geregelt wurde.

In weiterer Folge kam es zu einer konsequenten Weiterentwicklung der ArbeitnehmerInnen-schutzvorschriften, damit die Arbeitsinspektion den heutigen Anforderungen entsprechen kann und um auf neue Arbeitsformen und Technologien mit einer ständigen Weiterentwicklung reagieren zu können. Der Wirkungsbereich der Arbeits-

inspektion erstreckt sich auf Betriebsstätten und Arbeitsstellen aller Art mit Ausnahme von Land- und Forstwirtschaft, öffentliche Unterrichts- und Erziehungsanstalten (ausgenommen Bund), Kultusanstalten der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften und privaten Haushalte. Die Zuständigkeit bei ArbeitnehmerInnen-schutz für Bedienstete des Landes bzw. der Gemeinden, soweit sie in der Verwaltung tätig sind, geht vom Landeshauptmann bzw. vom Bürgermeister aus. Laut Bundesverfassung ist die Vollziehung in der Land- und Forstwirtschaft Landessache und obliegt der Land- und Forstwirtschaftsinspektion. Für Post, ÖBB und Flughäfen im gesamten Bundesgebiet ist die Verkehrsarbeitsinspektion zuständig. Die Arbeitsinspektion ist mit der Aufsicht über alle anderen Arbeitnehmer und die Bundesbediensteten in der Verwaltung betraut.

Die Aufgaben der Arbeitsinspektion sind die Überwachung der zum Schutz der ArbeitnehmerInnen dienenden Rechtsvorschriften und behördlichen Verfügungen. Insbesondere der Schutz des Lebens, der Gesundheit und Sittlichkeit. Weiters der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen (Mutterschutz), der Beschäftigung von besonders schutzbedürftigen Arbeitnehmerinnen. Kontrolle der Arbeitszeit, Ruhepausen und Ruhezeit, Arbeitsruhe und Heimarbeit, sowie Parteienstellung in Genehmigungsverfahren (z.B. gewerbebehördliche Genehmigungen) und Ausnahmeverfahren, Beratungen in Bauverfahren, unentgeltliche rechtsverbindliche Beratung in allen Belangen der



Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit, Kontrolle bei der Mitteilung von Missständen und Ermittlung bei Arbeitsunfällen.

Arbeitsinspektoren sind befugt, Arbeitsstätten und Baustellen jederzeit zu betreten und zu überprüfen, in sämtlichen Unterlagen die den Arbeitnehmerschutz betreffen Einsicht zu nehmen, von Arbeitsstoffen Proben zu entnehmen und Untersuchungen zu veranlassen, Auskünfte von Erzeugern und Vertreibern von Arbeitsstoffen und Maschinen einzuholen, sowie Sofortmaßnahmen zu setzen und Strafantrag zu stellen.

Arbeitsinspektionsorgane für besondere Aufgaben sind der Arbeitsinspektionsärztliche Dienst und für jedes Arbeitsinspektorat, Hygiene-technikerIn, ArbeitsinspektorIn für Kinderarbeit und Jugendschutz und die Arbeitsinspektorin für Frauenarbeit und Mutterschutz.

Die Arbeitsinspektorate unterstehen unmittelbar dem Zentral-Arbeitsinspektorat im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, wobei es im gesamten Bundesgebiet 19 Aufsichtsbezirke mit mindestens einem Arbeitsinspektorat pro Bundesland gibt (z.B. hat Wien sechs, Niederösterreich fünf, Oberösterreich drei und die Steiermark zwei Arbeitsinspektorate. Für Bauarbeiten gibt es ein besonderes Arbeitsinspektorat.

**Christian Gaishofer ist  
Arbeitsinspektor in Wien**

# Der Schwindel mit dem Wort „Leistung“

Von Hubert Schmiedbauer

**Was ist Arbeitskraft wert? Angeblich die erbrachte Leistung. In Krisenzeiten will das Kapital andere Maßstäbe: Betriebsergebnis, Auftragsbücher, Markt, Wettbewerb. Einen Wettbewerb um schlechtere Löhne, soziale Sicherheiten, Rechtssysteme und Umweltbedingungen. Das ist die Leistung, die sie meinen.**

Die tatsächliche Leistung der Lohnabhängigen ist stets im Wachsen. Doch von der Kapitalseite heißt es: Ihr bekommt eine geringere Lohnerhöhung, wir haben ein geringeres Auftragspolster. Löhne und Gehälter werden vom „Betriebserfolg“ abhängig gemacht. Der KV soll möglichst nur ganz allgemein gelten, der Rest wird nach eigenem Ermessen verteilt, der Betriebsrat darf „mitbestimmen“. Oder ein Konzern schickt tausende in Kurzarbeit und zwingt die Restbelegschaft zum Lohnverzicht, obwohl sie für die verringerte Produktion dieselbe Leistung erbringt.

Leider haben sich Gewerkschaften und Betriebsräte auf dieses Spiel eingelassen, sind der Erpressung mit Massenkündigungen und Kurzarbeit ausgesetzt. Schon vor Jahren wurden „Öffnungsklauseln“ vereinbart, nach denen Beschäftigte einzelner Betrieben höhere Lohnzuwächse bekommen als andere. Wegen der vielfältigen Unterschiede bei den Zulieferfirmen von „Kernbetrieben“ und der differenzierten Infrastruktur (Standortvorteile, Verkehrsanbindung, Energiehaushalt, Zugang zu Forschung und Entwicklung, Personalqualifizierung usw.) wird eine solche Produktivität dazu missbraucht, die Zulieferer und deren Beschäftigte oder sogar einzelne Abteilungen des Kernbetriebes unter Druck zu setzen, zu diskriminieren und vor allem die Solidarität zu zerschlagen.

## Maßstab Produktivität

Die Menschen produzieren Waren, um ihre Lebensbedürfnisse zu decken. Dazu wird Arbeitskraft eingesetzt, unter kapitalistischen Bedingungen gehandelt wie jede andere Ware. Aber

was ist Arbeitskraft wert? Um welchen Preis muss sie gekauft werden? Der gesellschaftliche Wert der Arbeitskraft misst sich an den Kosten ihrer Erhaltung und Wiederherstellung. Nahrung, Bekleidung, Wohnung entsprechend dem kulturellen Standard, Ausbildung auf allen Ebenen, Erholung einschließlich Sportausübung, die Gesundheit, die Sicherung des Nachwuchses sowie eine menschenwürdige letzte Etappe der ausgedienten Arbeitskraft einschließlich ihrer sozialen und kulturellen Existenz. Grundlage ist die gesamtgesellschaftliche Produktivität.

Ein Teil dieser Kosten wird in kollektiver Selbstverwaltung abgewickelt: Gesundheitssystem (Krankenkassen), Pensionsversicherung, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, Fonds. Diese Gemeinschaftskassen werden auf unterschiedliche Weise aufgefüllt: Teile des Arbeitseinkommens, „Arbeitgeber“beiträge (aus der Wertschöpfung der Arbeitenden), Mittel aus dem Staatshaushalt (überwiegend gespeist aus Lohn- oder Mehrwertsteuern der Lohnabhängigen).

Beiträge zu diesen Systemen sind keine „Nebenkosten“, sie gehören zum Wert und somit zum Preis für die Arbeitskraft. Damit ist auch der „Generationenvertrag“ definiert: Aus der täglichen Wertschöpfung sind alle Bedürfnisse zu decken. Die Umstellung der Unternehmensbeiträge zum Sozialsystem auf die Wertschöpfung ist notwendig, weil die Gesamtproduktivität zum Maßstab wird, der alle Gewinne erfasst.

## Wer ist Leistungsträger?

Stets werden neue Feinessen erfunden,

um die Ware Arbeitskraft billiger zu machen. Deregulierung der Arbeitszeit ist ebenso gewinnbringend wie (relative) Lohnsenkung. Natürlich haben verschiedene Qualifikationen unterschiedliche Bewertung in der Lohn-tabelle. Auch Wissenschaft und Technik sind Produktivkraft, also Leistung. Andererseits trumpfen etliche privilegierte SchwerverdienerInnen auf und bezeichnen sich als „Leistungsträger“, weil sie höhere Einkommen zugeschanzt bekommen.

Wer kann nachvollziehen, dass jemand angeblich die zeh-, zwanzig- oder fünfzigfache Leistung als andere erbringt? Die Dividenden sind seit 1995 auf das Fünffache gestiegen. Im Management werden trotz Krise die Gehälter durch Bonuszahlungen vervielfacht. Abgetakelte PolitikerInnen und pensionierte Manager bekommen „Beraterhonorare“ aus dubiosen Bank- oder Industriegeschäften in Millionenhöhe. Alles Leistung?

Das Kapital samt Management und Politik kann nicht anders funktionieren, es ist eine verflochtene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Getragen von der Leistung der Arbeitenden. Erst durch deren Produktivität kann Geldkapital sich vermehren. Die produktive Arbeit verweigern ist daher ein Mittel, die wahren Schmarotzer unserer Gesellschaft vom Tropf der Privilegierung als Besitzende und Machthabende abzuschneiden. Dazu braucht es Solidarität. Dem chaotischen Krisenmanagement des Kapitalismus ist eine neue Demokratie gegenüber zu stellen, in der wahren LeistungsträgerInnen das Häufchen MillionenträgerInnen nicht vermissen werden.

# Arbeitsrecht-Tipp: Krankenstand

Von Siegfried Pötscher

**Erkranken ArbeitnehmerInnen (AN), stellen sich viele Fragen, so auch die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Welche Rechte und Pflichten im Krankheitsfall haben AN gegenüber ArbeitgeberInnen (AG)?**

AN sind verpflichtet unverzüglich die Arbeitsverhinderung (Krankenstand) mitzuteilen. Das ist in den meisten Fällen ein Anruf in der Firma, am besten vor Arbeitsbeginn. Anschließend sollte man unverzüglich einen Arzt aufsuchen und sich krankschreiben lassen. AG haben das Recht von den AN eine Krankenstandsbestätigung zu verlangen. In der Bestätigung müssen Beginn, voraussichtliche Dauer und Ursache der Arbeitsverhinderung angeführt sein, wobei unter Angabe der Ursache nicht die Diagnose gemeint ist – nur Erkrankung oder Unfall.

Kommen AN den Melde- und Nachweispflichten nicht nach, dann treffen sie nachteilige Folgen: Für die Dauer der Säumnis verlieren sie den Anspruch auf Entgelt. Das heißt, AG müssen den Lohn bzw. das Entgelt für die Dauer des Versäumnisses nicht bezahlen.

Keinesfalls dürfen AG jedoch das Arbeitsverhältnis durch fristlose Entlassung beenden, wenn AN ihrer Mitteilungs- oder Nachweispflicht nicht nachkommen. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen muss auch für einen eintägigen Krankenstand eine Krankenstandsbestätigung gebracht werden. In einigen Betrieben ist aber für die ersten drei Krankenstandstage keine Bestätigung erforderlich. Wissen AN nicht, was in ihrer Firma üblich ist, sollten sie sich auch für einen kurzen Krankenstand krank schreiben lassen.

Wer krank ist und nicht arbeiten kann, sollte dies auch nicht tun, um seine Gesundheit nicht zu gefährden. Ob eine Arbeitsverhinderung vorliegt, entscheidet der behandelnde Arzt, und es

hängt auch von der Art der Tätigkeit ab.

Im Krankenstand haben AN alles zu tun, um so rasch als möglich gesund zu werden. Das bedeutet, wenn jemand aufgrund eines grippalen Infekts oder einer Grippe im Krankenstand ist, darf er sich nicht im Freien aufhalten bzw. dies auf das Allernötigste beschränken (Arztbesuche, Gang zur Apotheke). AN sind während des Krankenstandes nicht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes geschützt, sie können auch während des Krankenstandes vom Arbeitgeber gekündigt werden. Es sind die auch sonst geltenden Kündigungsfristen und -termine einzuhalten. AG ersparen sich dadurch auch nichts, da sie aufgrund gesetzlicher Bestimmungen bei Kündigung im Krankenstand diesen bezahlen müssen, soweit AN noch einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben.

Während des Krankenstandes erhalten AN vom AG ihren Lohn bzw. Gehalt weiter bezahlt. Diese Zahlung wird Entgeltfortzahlung genannt. Die Dauer der Fortzahlungsfrist ist nach Dauer des Dienstverhältnisses gestaffelt. ArbeiterInnen haben in den ersten fünf Jahren einen Anspruch auf sechs Wochen volles und vier Wochen halbes Entgelt. Dieser Anspruch steht pro Arbeitsjahr zu. Zusätzlich haben ArbeiterInnen für jeden Arbeitsunfall einen Anspruch auf jeweils maximal acht Wochen.

Angestellte haben ebenfalls in den ersten fünf Jahren Anspruch auf sechs Wochen volle und vier Wochen halbe Entgeltfortzahlung. Der Anspruch ist nicht auf das Arbeitsjahr abgestellt. Erkrankten Angestellte neuerlich, dann



bekommen sie aber noch einmal den halben Grundanspruch dazu, das heißt weitere sechs Wochen halbe und vier Wochen Viertel Entgeltfortzahlung.

Ist die Entgeltfortzahlungspflicht des AG beendet, hat man Anspruch auf Krankengeld von der Krankenkasse. Erhält man halbe Entgeltfortzahlung vom AG gibt es auch halbes Krankengeld. Bei Viertelzahlung gibt es bereits volles Krankengeld. Dieses gibt es bis zu maximal 52 Wochen. Sind AN dann noch immer nicht arbeitsfähig, ist ein Antrag auf Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension bei der Pensionsversicherungsanstalt zu stellen, eventuell auch ein Antrag auf Pensionsbevorschussung beim Arbeitsmarktservice.

Erkranken AN im Urlaub, dann werden die Tage der Erkrankung dann auf das Urlaubsausmaß nicht angerechnet, wenn der Krankenstand länger als drei Tage dauert. Voraussetzung ist jedoch, dass AN dies den AG unverzüglich am vierten Tag meldet und nach Wiederantritt der Arbeit unaufgefordert ein ärztliches Zeugnis/eine Krankenstandsbestätigung vorlegen.

Bei Erkrankung im Urlaub im Ausland ist überdies neben dem ärztlichen Zeugnis eine behördliche Bestätigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass das ärztliche Zeugnis von einer zum Arztberuf zugelassenen Person ausgestellt wurde. Diese behördliche Bestätigung erspart man sich, wenn man in einer öffentlichen Krankenanstalt behandelt wurde und deren Bestätigung vorlegt.

## Robert Hobek: Wehleidige FP

In seiner Rede bei der 152. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer am 3. November 2009 setzte sich der AK-Rat des Gewerkschaftlichen Linksblocks, Robert Hobek, kritisch mit der Forderung von Präsident Tumpel nach einem neuen Arbeitspaket auseinander. Anhand der nach wie vor steigenden Arbeitslosigkeit wäre es sinnvoller, statt Kurzarbeit die Arbeitszeit zu verkürzen. Mehr als tausend KollegInnen haben sich mit ihrer Unterschrift für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohn statt Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ausgesprochen.

„Während sofort Millionen zur Rettung von Banken zur Verfügung gestellt werden, wird behauptet, es sei nicht genug Geld für den kostenlosen und freien Zugang zu den Universitäten, für die Studierenden bzw. Bildung oder für die Pensionen vorhanden. Und das in einem der reichsten Länder der Welt“ so Hobek. Gleichzeitig sollen ArbeiterInnen und Angestellte bei den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen mit Almosen abgespeist werden und dies bei noch weiter reichender Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie derzeit bei den KV-Verhandlungen in der Metallindustrie. Immer mehr kommen mit ihrem Einkommen selbst bei ganztägiger Arbeit nicht mehr aus. Daher ist ein gesetzlicher Mindestlohn

von zehn Euro pro Stunde notwendiger denn je.

Robert Hobek erklärte sich solidarisch mit den Protesten und berechtigten Anliegen der Studierenden: „Die gegenseitige Unterstützung der um ihren KV kämpfenden Beschäftigten und der Studierenden kann vieles bewegen“, so Robert Hobek.

Neuerlich forderte Hobek den sofortigen Rücktritt des 3. Nationalratspräsidenten Martin Graf und – da er dies offenbar nicht freiwillig macht – gesetzliche Regelungen, die dem Nationalrat auch die Abwahl ermöglicht: „Es ist unerträglich, dass Martin Graf kurz vor dem Gedenktag an die Reichskristallnacht immer noch im Amt ist“, so Hobek.

Nachdem ein AK-Rat der Freiheitlichen meinte, frühere Regierungen hätten es verabsäumt, Gastarbeiter zurückzuschicken, gab es eine klare Antwort von Willi Mernyi (FSG), der bedenkliche Zitate von früheren und

heutigen FP-Politikern vortrug. Daraufhin zog die FA geschlossen aus der Vollversammlung aus, nicht ohne Robert Hobek und Willi Mernyi beim Auszug mit Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft zu drohen.

Der GLB brachte zu dieser Vollversammlung eine Resolution und zehn Anträge ein. Angenommen wurden neben einer Resolution an die spanische Regierung und Justiz, die Repres-

salien gegen den baskischen Gewerkschaftsverband L.A.B. einzustellen, unter anderem die GLB-Antrag zur Entkoppelung der Notstandshilfe vom Haushaltseinkommen und für Vermögensbesteuerung. Der Antrag auf Einführung der 35-Stundenwoche statt Kurzarbeit und

Arbeitslosigkeit wurde dem entsprechenden Ausschuss zugewiesen. Die GLB-Anträge im Wortlaut stehen auf [www.glb.at](http://www.glb.at) in der Rubrik Arbeiterkammer.



**Robert Hobek ist Wiener GLB-Arbeiterkammerrat**

## Apropos Transferkonto

von Anita Kainz

Für wie dumm hält der Finanzminister eigentlich die ÖsterreicherInnen? Er fordert ein Transferkonto für alle Sozialleistungen, weil angeblich Bund, Länder und Gemeinden nicht wissen, wie viel und an wen sie die Beihilfen auszahlen. Dabei sind alle persönlichen Daten schon ab der Geburt elektronisch erfasst und da man ohne Ansuchen keine Beihilfen erhält, sind auch

diese vorhanden.

In Wahrheit geht es nicht darum, Sozialleistungen nur transparent zu machen, sondern sie zu kürzen, damit die Regierung auf Kosten der Ärmsten das Budgetdefizit verringern kann. Anstatt sich das Geld von den wirklich Reichen zu holen, ist es natürlich einfacher, alleinerziehenden Müttern,



Arbeitslosen und MindestpensionistInnen die Beihilfen zu kürzen und sie damit noch tiefer in die Armut zu treiben.

## Adele Stürzl. Eine Annäherung

Die Tiroler Autorin Rosmarie Thümingler, selbst engagierte Kommunistin, würdigt in ihren neuesten Buch eine mutige Frau, Adele Stürzl, die im Widerstand ihr Leben verlor. Eine respektvolle Annäherung an ihre Beweggründe, ihre Hoffnung und Überzeugung, die ihr mutiges Handeln leiteten, eingebettet in das geschichtliche Umfeld, mit der lebendigen Schilderung der Lebensbedingungen dieser Zeit.

Adele Stürzl ist am 23. November 1892 als Tochter der Maria und des Johann Sturz in Wien, Favoriten geboren. Ihre Eltern stammten aus dem südböhmischen Bezirk Znaim. Nach einer harten Kindheit und Jugendjahren als Dienstmagd wagt sie den Ausbruch ins Ungewisse und fährt nach Wien zurück, um sich dort Arbeit zu suchen. Hier kommt sie in Kontakt mit der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, der sie sich mehr und mehr zugehörig fühlt. In Budapest lernt sie ihren Mann kennen. Mit ihm zieht sie nach Beendigung des Ersten Weltkrieges nach Kufstein in Tirol.

Das Buch beschreibt ihr politisches Engagement als führendes Mitglied in der Sozialdemokratischen Partei und ihren späteren Eintritt in die Kommunistische Partei Österreichs. Außerdem wird ihr unbezwingbarer Einsatz gegen Faschismus und Nationalsozialismus in einfühlsamer Weise beschrieben.



Rosmarie Thümingler: Mit offenen Augen. Hardcover mit Schutzumschlag 14 x 22 cm 214 Seiten, mit Anhang zum historischen Hintergrund, ISBN 978-3-900888-46-6 •uro 22,50. Zu bestellen unter [tiro1@kpoe.at](mailto:tiro1@kpoe.at)

### GLB-Jahreskalender 2010

Auch für 2010 gibt es wieder den schon traditionellen roten GLB-Jahreskalender, der in zahlreichen Betrieben von den KollegInnen gerne als Nachweis für die Eintragung von Arbeitszeiten, Urlauben, Zeitausgleich etc. verwendet wird.

Der 44-seitige Kalender im handlichen Kleinformat (9,5 x 15 cm) enthält neben dem eigentlichen Kalendarium eine Jahresübersicht, die Ferientermine sowie zahlreiche Infos über den GLB und alle wichtigen Kontaktadressen. Mit einigen Neuerungen wie Hinweisen zur Arbeitszeit, Urlaub und e-card sowie den Adressen der Arbeiterkammern wurde der Kalender weiter verbessert.

Bestellungen bitte beim GLB-ÖGB, Kollegin Helga Pruckmoser, Telefon +43 (1) 53 444-308 bzw. Mail [helga.pruckmoser@oegb.at](mailto:helga.pruckmoser@oegb.at).

## Alles Gute für 2010!

**Wir wünschen auf diesem Wege allen Mitgliedern des GLB, allen für den GLB aktiven MandatarInnen, AktivistInnen und UnterstützerInnen sowie den LeserInnen der „Arbeit“ erholsame Feiertage sowie alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg im gemeinsamen Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen und im Sinne einer fortschrittlichen, linken und kämpferischen Gewerkschaftspolitik auch im Jahre 2010.**

- **GLB-Bundesleitung**
- **Mag. Karin Antlanger, Bundesvorsitzende**
- **Werner Beier, Barbara Buchacher-Kundi, Josef Stingl, Stv. Bundesvorsitzende**
- **Oliver Jonischkeit, Bundessekretär**
- **Redaktion „Die Arbeit“**



„Die Arbeitshandschuhe wurden verloren oder weggeworfen und von mir vom Straßenrand geborgen“ schreibt Michael Mallinger, Sozialarbeiter bei EXIT-sozial Linz zu seiner Collage: In dieser Ausstellung wird ihre gespeicherte Erfahrung gewürdigt. Wie gute SchülerInnen zeigen sie auf. Es soll aber auch daran erinnert werden, dass heute die Erfahrung von langjährigen MitarbeiterInnen schlecht bewertet wird, sich aus Kostengründen sogar gegen sie richtet

*GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!*

### ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der  
„OBSERVER“  
Österreichs größter Medienbeobachter